

POLIZEI REPORT

G 46983
ISSN 0937-5333

Nr. 66 · Juni 2017



Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



Polizei muss sich anpassen und verändern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider macht es die heutige Zeit erforderlich, dass wir uns mit den Themen wie steigende Gewalt, Terror und islamistischen Anschlägen auseinandersetzen müssen.

Aus diesem Grund ist es richtig, dass über das taktische polizeiliche Vorgehen im „Eintrittsfall“ nachgedacht und Verbesserungen in die Trainingseinheiten mit involviert werden.

Leider muss sogar in Deutschland bei einer „Bürgerpolizei“ darüber nachgedacht werden, die Ausrüstung und Bewaffnung aufzustocken, da wir gewissen Situationen nicht mehr angepasst entgegen können.

Dazu gehört nicht nur die Schutzausrüstung, Schutzwesten müssen demnächst Schutzklasse 4 haben um großkalibrige Munition abzuhalten, sondern auch die Bewaffnung.

Die Maschinenpistole MP 5 ist mit ihren vielen Jahrzehnten an einem Verschleißpunkt angelangt, sodass sie dringend ausgetauscht werden muss. Ausschreibungs- und Beschaffungsverfahren laufen. Wir hoffen, dass baldmöglichst die neuen Waffen mit in die „Übungseinheiten“ bei den Not-Intervention-Teams eingebaut werden können.

Bleibt jedoch noch die Frage nach der

Vorwort	3
Vom Sitz zum Polizeisitz	5
Osthessen: 4. landesweites GdP-Tischtennisturnier	9
GdP-Beirat tagt in Zella – Vorstand wieder komplett	15
Beihilfe: Fragen zu den Wahlleistungen	21
GdP Offenbach: schlechte Unterbringung der Polizei	23
Wertschätzung – wichtiger denn je!	26
GdP SOH: Im Gespräch	29
Aktuelles aus dem DGB	31
GdP-Vogelsberg: Aktuelles aus der Kreisgruppe	33
Aktuelles aus dem PP Osthessen	35
Frank Diener in den Ruhestand verabschiedet	37
Ewald Baufeld und Joachim Fritsch feiern Jubiläum	39
Aktuelles aus der Kreisgruppe Fulda	39
Impressum	40
Termine/Sommer-/Familienfest der GdP-Osthessen	41
POM Fritz...	43
Termin: Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“	47
Rechtspopulismus als Herausforderung	49
Seniorensseminar 2017 in Tann	50

Training

Munition. Wenn ein Terrorist eine Weste mit Schutzklasse 4 trägt, nutzt unsere bisherige 9mm Munition nichts.

Wird es zur neuen Maschinenpistole eine weitere Bewaffnung zum Verschießen großkalibriger Munition geben müssen, um in einem worst case nicht chancenlos zu sein?

Aber zuletzt stellt sich mir noch die Frage, wie ist es mit der Ausbildung (NIT). Sind ausreichend ausgebildete Trainer (mit erworbener Lizenz) und ausreichend Übungsräumlichkeiten vorhanden?

Um ein sicheres Einschreiten abrufen zu können gehört Übung dazu. Bei dem Verhältnis Trainer/ Übungsstätten zum beschulenden Personal muss man kein Mathematiker sein, um herauszufinden, dass eine Wiederholung erst nach Jah-

ren möglich ist.

Von Kolleginnen und Kollegen habe ich erfahren, dass dieses Training für NIT sehr anspruchsvoll und körperlich eine mehrtägige große Herausforderung darstellt.

In der Natur der Sache liegt es, dass wir in unserem Polizeipräsidium ein Durchschnittsalter von fast 48 Jahren haben. Kann ich Beschäftigten die bereits Mitte 50 sind solche Belastungen abverlangen?

Sicherlich kann man argumentieren, diese Kolleginnen und Kollegen versehen Dienst an der Basis und können jederzeit in eine solche Situation kommen und sollten daher ebenfalls vorbereitet sein.

Sollte man aber nicht vielleicht über Konzepte nachdenken, dass jüngere

gut trainierte und speziell geschulte Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen zusätzlich vorgehalten werden müssen um im Fall X schnell eingreifen zu können?

Natürlich weiß ich, dass die zuständige örtliche Streife zuerst vor Ort sein wird und vermutlich in der Komplexität des Ereignisses intuitiv nicht gerade das tut, was Einsatzkonzepte vorsehen.

Deshalb ist es umso wichtiger durchdachte Konzepte mit genügend Personal und ausreichend Trainingseinheiten

zu planen.

Sicherheit wird immer schwieriger und stellt uns vor neue Herausforderungen. Nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger wollen wir das höchste Maß an Sicherheit bieten, sondern auch für uns als eingesetzte Polizeibeamte /- innen.

Dass dringend eine Personalaufstockung für die Bewältigung der alltäglichen „Polizeiarbeit“ erforderlich war, hat die Politik erkannt. Neben den stets sich häufenden Deliktsfeldern und Aufgabengebieten muss man nun

unweigerlich auch an eine personelle Verstärkung denken, um bei einem hoffentlich nie eintretenden Terrorereignis vorbereitet zu sein.

Innere Sicherheit benötigt gut geschultes Personal, Training, Bewaffnung und Ausrüstung und darf Sparmaßnahmen nicht zum Opfer fallen.

Euer

*Karsten Bech
BZG Osthessen*

VOM SITZ ZUM POLIZEISITZ

EINE LANGE FORDERUNG DER GdP GEHT ENDLICH IN ERFÜLLUNG

Mitte April war für die Polizei Hessen ein ganz besonderer Tag. So konnte der Präsident des Technikpräsidiums (PTLV) auf dem Gelände des PP Westhessen insgesamt 75 neue multifunktionale Streifenwagen vom Typ Vito der Marke Daimler Benz den Polizeipräsidien übergeben. Das eigentlich Besondere an diesem Tag waren aber nicht die neuen Streifenwagen, sondern die Sitze aus der ersten Reihe „Polizeisitz“. Den Polizeisitzen für Fahrer und Beifahrer galten an diesem Tag die besondere Aufmerksamkeit.

Ein funktionsgerechter Sitz, der auf die Bedürfnisse unserer Kolleginnen und Kollegen im Funkstreifenwagen zugeschnitten ist seit Jahren eine Forderung der GdP. Unser GdP-Kollege Lothar Hölzgen hat sich hier ganz besonders engagiert und auch einen ersten Prototyp bauen lassen. Dies nahm das Innenministerium zum Anlass, und ernsthaft und professionell sich um die Verwirklichung eines Polizeisitzes bemühte. Wir wissen alle, dass die vielen Ausrüstungsgegenstände, die die Kollegen/-innen am Gürtel tragen die Funktionsweise des Sicherheitsgurtes beeinträchtigen. Ein schlecht sitzender Gurt richtet mehr Schaden an, als er schützt.

In seiner Begrüßungsrede dankte Herr Polizeipräsident Stefan Müller für das zahlreiche Erscheinen und begrüßte neben dem Präsidenten des PTLV Reinstädt, den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Jens Morherr, die Personalratsvorsitzenden Stefan Rücker

(PTLV) und Peter Wittig (PPWH). Mit den Worten: „Solche Tage dürfte es gerne öfter geben.“, dankte Stefan Müller für die mitgebrachten Funkstreifenwagen und freute sich insbesondere darüber, dass diese mit dem neuen Polizeisitz ausgestattet sind, auf den er nun sehr gespannt sei.

Erstmals und als erstes Bundesland überhaupt, fahren die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hessen, mit einem „Polizeisitz“ der auf die besonderen Bedürfnisse und Anforderungen an den mobilen Arbeitsplatz „Funkstreifenwagen“ abgestimmt und entwickelt wurde. Im Vorfeld der Entwicklung durch die Daimler Benz AG fand im Jahr 2013 eine professionelle Evaluation und Forschungsreihe mit dem Fraunhofer Institut der Universität Stuttgart und dem PTLV statt. „Um wirklich belastbare Informationen zu erhalten, investierte das Landespolizeipräsidium 60.000 Euro in dieses Forschungsprojekt.“, so Präsident Reinstädt.

In Richtung Polizeipräsident Stefan Müller sagte Herr Reinstädt ergänzend: „Diese Erhebung der so wichtigen Daten und Informationen wäre ohne dem Polizeipräsidium Westhessen nicht möglich



gewesen, denn dieses erklärte sich damals sofort bereit bei der Forschungsreihe mit zu machen und stellte 14 Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei zur Verfügung, die unzählige Male mit verschiedenen angeordneten Funktionsgürteln in unterschiedliche Streifenwagen ein- und ausstiegen, sich an- und abschnallten, Fragen beantworteten, u.v.m.. Ich bin sehr froh, dass einige Kolleginnen und Kollegen von damals heute hier anwesend sind und sich davon überzeugen können, dass sich die Mühe und das Engagement gelohnt hat.“

Bevor Herr Ziemann, Entwickler Frontsitze der Daimler AG, an einem der bereitgestellten Vitos die neue Errungenschaft und die besonderen Vorteile des Polizeisitzes vorstellte, führte er aus, dass eine solche Entwicklung vorne weg drei bis fünf Jahre in Ansprache nimmt und die Ergebnisse aus der Forschungs-

reihe enorm wichtige gewesen sein. Die Änderungen des neuen Polizeisitzes erläuterte er an Hand eines aufgestellten neuen Vitos. So stellte er heraus, dass beispielsweise die Sitzkissen der neuentwickelten Polizeisitze wesentlich abgeflacht wurden, um das Ein- und Aussteigen deutlich zu erleichtern und komfortabler zu machen. Auch die Gurtpeitsche wurde an die besonderen Bedürfnisse des Polizeialltages angepasst, in dem diese länger und flexibler ist, sodass das An- und Abschnallen selbst mit dem umfangreich ausgestatteten Funktionsgürtel und Schutzweste schnell und einfach gelinge.

Abschließend konnten sich alle Beteiligten von dem neuen Polizeisitz persönlich überzeugen. Die ersten Sitzproben von anwesenden uniformierten Kolleginnen und Kollegen (mit und ohne Funktionsgürtel) lassen auf Grund der ersten Äußerungen: „Es drückt überhaupt nicht mehr am Gürtel“, „Es sitzt sich richtig angenehm.“, „Man kommt gut rein und raus aus dem Fahrzeug“ Gutes verheißen.

pm ptlv/eg



Hintergrundinformationen zum Polizeisitz

Die Problemzonen des Standardsitzes:

- Kollision von Ausrüstungsgegenständen und Sitz
- Sitz ist zu beengt
- Hängenbleiben beim Ein- und Aussteigen
- Kollision mit Waffe am Sitz
- Behinderung durch Mittelkonsole
- Gurt verläuft über Funktionsgürtel
- Kein Herankommen an Einsatzgeräte (Pfefferspray, Waffe, Funkgerät, etc.)

Polizeispezifische Besonderheiten und Anforderungen an einen Polizeisitz des Arbeitsplatzes Funkstreifenwagen:

- Vermeidung des Hängenbleibens beim Ein- und Ausstieg
- Vermeidung einer Kollision der Waffe mit dem Gurtschloss
- Der Beckengurt darf nicht über die Ausrüstung am Funktionsgürtel laufen.
- Gewährleistung des uneingeschränkten Haltungskomforts
- Vermeidung der Kollisionen von Sitz und Ausrüstung.
- Druckreduzierung am Rücken (durch mgl. Ausrüstungsgegenstände)
- Gewährleistung des seitlichen Halts durch den Sitz
- Vermeidung von Kollisionen mit der Ausrüstung und Bewegungseinschränkungen durch den seitlichen Halt

Die Ziele bei der Entwicklung:

- Reduzierung von Druckpunkten an markanten Stellen
- Anpassung von Stoffen und Unterbau an die Sitzsituation
- Verlegung von Nähten
- Reduzierung Kollisionspunkte mit den erforderlichen Rückhaltesystemen (Gurt)
-

Die Umsetzung der Anforderungen erfolgte über

- Modifizierung der Seitenwangen im Bereich des Sitzpolsters und der Rückenlehne
- Verbau einer langen Gurtpeitsche
- Robuster Sitzbezug unter Verwendung von besonders abriebfesten Werkstoffen mit geänderten Nahtverlauf
- In Länge und Höhe einstellbare Kopfstützen
- Thorax-Pelvis-Sidebags
- Elektropneumatisch einstellbare Lordoseunterstützung – sie wirkt Fehlhaltungen der Lendenwirbelsäule vor
- Möglichkeit zur Sitzneigungsverstellung

4. LANDESWEITES GdP-TISCHTENNISTURNIER

ERFOLGREICHE TITELVERTEIDIGUNG DES TEAM PP SÜDHESSEN I

Zum dritten Mal hintereinander gewann die erste Mannschaft des PP Südhessen mit Lena Krapf, Andras Diehl und Daniel Meister das traditionelle hessische GdP-Tischtennisturnier.

Der Titelverteidigung ging ein hochklassiges und überaus spannendes Finale gegen das Team des PP Nordhessen I voraus. Die Nordhessen hatten in ihren Reihen mit Abdülsamet Ercan den besten Spieler des Turniers, welcher alle Einzel für sich entschieden hatte und waren ein ebenbürtiger Gegner.

Ganz knapp gewann das PP SH I mit 4:3 gegen das PP NH I. Aus den Händen von Polizeipräsident Günther Voß erhielt das Team den bisherigen Wanderpokal überreicht, den sie mit dieser Titelverteidigung nun auch endgültig behalten können. Voß gab bekannt, dass er gerne einen neuen Wanderpokal für dieses Turnier zur Verfügung stellen wird.

Im kleinen Finale standen sich die Mannschaften des PP Osthessen I und PP Mittelhessen II gegenüber. Nach einem 4:0



Sieg sicherte sich das Team aus Osthessen den 3. Platz.

Bis es aber zu den Finalspielen kam, war es ein langer Weg, denn insgesamt 15 Mannschaften aus ganz Hessen hatten sich zum Turnier eingefunden. Zu den vermeintlich vier stärksten Mannschaften, welche in jeweils eine der vier Gruppen gesetzt wurden, entschied das Los, welche Teams gegeneinander antreten mussten. Die jeweils Gruppenersten qualifizierten sich für die beiden Halbfinals. Die beiden darin unterlegenen Teams spielten um Platz 3, das Finale erreichten die beiden siegreichen Halbfinalteams.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die jeweiligen Spielergebnisse:

Gruppe A	SH 1	SOH 1	Ffm. 1	NH 2	Pkt.	Spiele	Platz
SH 1		4 : 0	4 : 0	4 : 0	3 : 0	12 : 0	1.
SOH 1	0 : 4		0 : 4	4 : 3	1 : 2	4 : 11	4.
Ffm. 1	0 : 4	4 : 0		3 : 4	1 : 2	7 : 8	2.
NH 2	0 : 4	3 : 4	4 : 3		1 : 2	4 : 11	3.

Gruppe B	NH 1	SH 3	Ffm. 2	MH 3	Pkt.	Spiele	Platz
NH 1		4 : 0	4 : 0	4 : 1	3 : 0	12 : 1	1.
SH 3	0 : 4		3 : 4	0 : 4	0 : 3	3 : 12	4.
Ffm. 2	0 : 4	4 : 3		0 : 4	1 : 2	4 : 11	3.
MH 3	1 : 4	4 : 0	4 : 0		2 : 1	9 : 4	2.

Gruppe C	OH 1	Bepo Lich	OH 2	Pkt.	Spiele	Platz
OH 1		4 : 1	4 : 0	2 : 0	8 : 1	1.
Bepo Lich	1 : 4		4 : 3	1 : 1	5 : 7	2.
OH 2	0 : 4	3 : 4		0 : 2	3 : 8	3.

Gruppe D	SH 2	MH 1	MH 2	SOH 2	Pkt.	Spiele	Platz
SH 2		4 : 1	2 : 4	4 : 1	2 : 1	10 : 6	2.
MH 1	1 : 4		3 : 4	3 : 4	0 : 3	7 : 12	4.
MH 2	4 : 2	4 : 3		4 : 0	3 : 0	12 : 5	1.
SOH 2	1 : 4	4 : 3	0 : 4		1 : 2	5 : 11	3.

Halbfinale:

PP Südhessen I :	PP Osthessen I	4 : 0
PP Nordhessen I :	PP Mittelhessen II	4 : 1
Spiel um Platz 3		
PP Osthessen I :	PP Mittelhessen II	4 : 0
Endspiel		
PP Südhessen I :	PP Nordhessen I	4 : 3



Die Mannschaft des PP Südhessen gewann zum dritten Mal den Wanderpokal, gestiftet von Polizeipräsident a.D. Hoff. Er bleibt nun für immer in Südhessen.

Wie in den vorangegangenen Jahren stand das Turnier unter der Schirmherrschaft des Landespolizeipräsidenten Udo Münch und war von ihm als dienstliche Veranstaltung unter Dienst- und Unfallschutz gestellt. Wie wichtig diese formelle Voraussetzung ist, zeigte sich im Verlauf des Turnieres. Leider verletzte sich ein Kollege beim Spiel so schwer, dass er das Krankenhaus aufsuchen musste. Ihm wünschen wir auf diesem Weg noch einmal alles Gute und eine schnelle Genesung.

Auch diesmal diente das Turnier wieder einem karitativen Zweck. Der Reinerlös kommt, wie in den vorangegangenen Veranstaltungen, der hessischen Polizeistiftung zu Gute. Jens Mohrherr, welcher als HPR-Vorsitzender die Geschicke der hessischen Polizeistiftung leitet, ließ es sich nicht nehmen und erschien als Ehrengast in der Wilmingtonhalle. Für den verhinderten GdP-Landesvorsitzenden war Stefan Rüppel aus Kassel angereist. Als Nordhesse drückte er während des Finales seinen Kollegen des PP NH I verständlicherweise besonders fest die Daumen. Die Turnierleitung bedankte sich besonders beim Manager des Bundesligavereins TTC Fulda-Maberzell Stefan Frauenholz für deren großartige und selbstlose Unterstützung. Auch der ehemalige Mitinitiator dieser tollen Meisterschaften, Ewald Gerk, fand sich im Verlauf des Turniers in der Sporthalle ein und freute sich über die zahlreichen Teilnehmer/-innen.

Thomas Scheunert bedankte sich zum Schluss der Veranstaltung bei allen Sportlern/-innen für deren Fairness und sportlichen Eifer. Ein besonderer Dank geht auch an die zahlreichen Helfer und Unterstützer – ohne deren Einsatz wäre eine Durchführung eines solchen Turniers nicht denkbar.

Ein paar Fakten zum GdP-Tischtennis-Turnier

Obwohl der Tischtennissport in Deutschland mit ca. 670.000 Mitgliedern im Deutschen Tischtennis-Bund organisiert und damit weit verbreitet ist, wird diese Sportart weder im Bund



Begrüßung v.l.: Turnierschiedsrichter Stefan Hebel, PD Theo Wiegang, BZG-Vorsitzender Karsten Bech und Organisator Thomas Scheunert.



Ehrengäste v.l.: Karsten Karsten Bech konnte Jens Mohrherr für den Hauptpersonalrat und die Polizeistiftung und für die GdP den stv. Landesvorsitzenden Stefan Rüppel begrüßen.

noch im Land Hessen als offiziellen Polizeimeisterschaften angeboten. Aus diesem Grund entschloss sich im Jahr 2006 die osthessische GdP-Bezirksgruppe zur Durchführung dieses Mannschaftsturnier in Fulda.

Der damalige BZG-Vorsitzende Ewald Gerk nutzte seine Kontakte zum LPP Norbert Nedala, welcher damals, wie später auch sein Nachfolger Udo Münch, die Schirmherrschaft für das Turnier übernahm und per Erlass das Turnier als dienstliche Veranstaltung deklarierte. Bei der ersten Veranstaltung nahmen 13 Mannschaften aus den Polizeipräsidien teil und das PP Frankfurt gewann den Titel. Ein besonderes Highlight dieser Veranstaltung war das Spiel einer hessischen Polizeimeisterschaft gegen das Team des Bundesligisten TTC Rhön-Sprudel Fulda-Maberzell. Nachdem in den Folgejahren sich kein anderes Polizeipräsidium als Ausrichter für das Turnier fand, richtete die osthessische GdP in den Jahren 2014 und 2015 erneut diese Veranstaltungen aus. Beide Male hieß der Sieger PP Südhessen. Im Unterschied zu den drei vorangegangenen Turnieren wurden in 2017 die Mannschaften von 4 auf 3 Spieler/-innen reduziert, was den erhofften Vorteil für einen kürzeren zeitlichen Ablauf brachte.

Bei allen vier Turnieren wurden die Erlöse an die Hessischen Polizeistiftung gespendet. Die BZG Osthessen erklärt sich für die Zukunft bereit, wieder dieses Turnier zu veranstalten.

Thomas Scheunert,
BZG Osthessen

nächste Seite:

Bilder/Impressionen vom Turnier





GdP-BEIRAT TAGTE IN ZELLA

KARSTEN BECH IN DEN GESCHÄFTSFÜHRENDEN GdP-VORSTAND GEWÄHLT

Ende März wurden auf der Beirats-sitzung die freien Funktionen im geschäftsführenden Landesvorstand nachbesetzt. Die anwesenden 62 Teilnehmer wählten Sylvia Schwegel-Otto (Ffm), Stefan Rüppel (NH) und Karsten Bech (OH) mit überwältigender Mehrheit.

Nach der Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Andreas Grün und die Feststellung der satzungsgemäßen Formalitäten stand der gewerkschaftspolitische Bericht auf der Tagesordnung. Der Tarifabschluss von Anfang März liegt in der Summe des Erreichten deutlich über dem Abschluss der TdL. Gerade der stufengleiche Aufstieg, die Einführung der Stufe 6 bei der EG 9 und die deutlichen Verbesserungen bei den Auszubildenden sind Punkte, die schon lange auf dem GdP-Forderungskatalog standen.



Landesvorsitzender Andreas Grün berichtete über die erfolgreiche GdP-Arbeit im zurückliegenden Jahr.

Während bei den Verhandlungen in Dietzenbach die Arbeitgeberseite keine Signale bzgl. der Übertragung des auf die Beamten/-innen und die Versorgungsempfänger gaben, wurde der Tarifabschluss wenige Tage später inhaltsgleich übertragen. Damit haben die hessischen Beamtinnen und Beamten einen deutlichen Sprung nach vorn auf der bundesweiten Vergleichstabelle gemacht. Ohne die vielen GdP-Aktionen, wie Demonstrationen, Online-Aktionen und politischen Gespräche wäre ein solches Ergebnis eher unwahrscheinlich.



Die Delegierten aus Ost- und Südosthessen.

Die GdP ist bei ihren Mitgliedern! Ob es bei einer großen Einsatzlage, einer Polizeiveranstaltung oder Fachveranstaltungen ist, die GdP ist zur Stelle und kümmert sich. Anfang des Jahres haben wir in Wiesbaden eine Fachveranstaltung zur möglichen Einführung eines Distanz-Elektro-Impulsgerätes (DEIG), wie z.B. die der Firma Taser durchgeführt. Dazu wurden Experten eingeladen und standen den vielen anwesenden Kolleginnen und Kollegen, den Politikern, den Polizeipräsidenten Rede und Antwort. Ergebnis der Expertenanhörung war ein Schreiben an Innenminister Beuth, zwecks Einführung eines Probelaufs bei der hessischen Polizei, um die Tauglichkeit für den polizeilichen Einzeldienst zu erhalten.

Der Landesbezirk Hessen hat den höchsten Mitgliederstand seit Jahren. Bei der Einstellungsrunde im Februar entschieden sich weit über 70 Prozent der Anwärter für eine Mitgliedschaft in der GdP. Dies ist dem Engagement und einem bedarfsorientierten Konzept der Jungen Gruppe zu verdanken.

Nach der Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden referierte Gerd Kümmel von der PSt Melsungen vom Sachstand der AG „Besoldung“. Auf Grundlage des osthessischen Antrags zur Fortentwicklung der zweigeteilten Laufbahn befasste sich zuerst GdP Nordhessen mit dem Thema. Nach einer Klausurtagung kam man zum Ergebnis, dass es dringend geboten ist, sich weitergehend mit der Thematik zu befassen. Gerd Kümmel

schilderte umfassend, welche Anforderungen und Belastungen heutzutage die Polizei, ob auf der Straße oder im Verwaltungsbereich zu bewältigen hat. Die heutigen Arbeitsfelder der Polizei im Beamten- und Tarifbereich, die Anforderungen rund um Personalgewinnung und Ausbildung, sowie die unzu-



Gerd Kümmel aus Nordhessen referierte über das Arbeitsergebnis der „AG Besoldung“.

reichenden beruflichen Perspektiven im Polizeidienst zeigen die Notwendigkeit auf, sich dringend mit den Themen zu befassen.

Es gilt Vor- und Nachteile zu erheben und zu bewerten um dadurch den Polizeiberuf noch wettbewerbsfähiger und attraktiver zu machen. Die Arbeitsgruppe hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt bis zum nächsten GdP-Landesdelegiertentag einen ersten Vorschlag den Delegierten zu präsentieren und mit ihnen zu beraten. Nach einhelliger Auffassung der Teilnehmer des Beirats soll

sich die Arbeitsgruppe unter Federführung von Gerd Kummel mit dem Thema weiter befassen.

Stefan Schuhmann von der BB-Bank, die neuer Kooperationspartner der GdP ist, stellte die Vorteile und Aktionen der BB-Bank für GdP-Mitglieder vor. Die regionalen Vertreter der BB-Bank werden gemeinsam mit den Bezirks- und Kreisgruppen die Angebote den Mitgliedern vorstellen. Im Anschluss daran stellte Katrin Kuhl die Veränderungen auf der GdP-Geschäftsstelle, nach der Verrentung der Buchhalterin Gisela Hänel vor. Die buchhalterischen Tätigkeiten werden unter Federführung von Henner Jud erledigt. Am Service für die Mitglieder, den Kreis- und Bezirksgruppen ändert sich selbstverständlich nichts. Schon jetzt kann man sich auf der Internetseite www.bb-bank.de/gdp informieren.

Nach der Mittagsunterbrechung standen die Nachwahlen für den geschäftsführenden Landesvorstand an. Nach der Amtsniederlegung von Sandra Temmen als Landeskassiererin wurde eine Nachwahl erforderlich. Als Kandidatin für die Funktion der Landeskassiererin stellte sich die 45jährige Sylvia Schwegel-Otto aus Frankfurt zur Wahl. Aufgrund ihrer bisherigen beruflichen Verwendungen hat sie sich Kenntnisse erworben, die sie für diesen Vorstandsposten besonders qualifizieren. Die Delegierten wählten Sylvia Schwegel-Otto einstimmig zur neuen Landeskassiererin.



Ewald Gerk (Osthessen) scheidet nach fast 20 Jahren aus dem Landesvorstand der GdP aus. Er geht in den wohlverdienten Ruhestand.

Ewald Gerk, der seit 1998 Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand ist, trat ebenfalls von seiner Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender

zurück. Mit seiner Pensionierung im Januar hat er diesen Schritt angekündigt. Andreas Grün dankte seinem scheidenden Vertreter für die geleistete Arbeit im Landesvorstand und verband die guten Wünsche zur Pensionierung mit dem Wunsch, dass er sich auch als Ruheständler bei der GdP einbringt. Die Delegierten verabschiedeten Ewald Gerk mit stehendem Applaus.

Sein Nachfolger wurde der bisherige Schriftführer Stefan Rüppel aus Kassel. Mit dem 51jährigen Karsten Bech aus Fulda wurde ein neuer in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Einstimmig votierten die Beiratsmitglieder für ihn



Karin Schäfer aus Frankfurt ist im Landesvorstand für den GdP-Rechtsschutz mit verantwortlich.

und er wird die Aufgaben des Schriftführers übernehmen. Wir wünschen dem neuen Team alles Gute und ein glückliches und erfolgreiches Händchen bei den neuen Aufgaben zu Wohle der Mitglieder.

GdP-Rechtsschutz ist immer wieder ein Thema, das die Mitglieder interessiert. Diese herausragende Leistung gibt den



Sylvia Schwegel-Otto (Frankfurt) wurde zur neuen Landeskassiererin und Karsten Bech (Osthessen) zum neuen Schriftführer in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Beide gehören auch Kraft Amtes dem BGB-Vorstand der hessischen GdP an.

Mitgliedern Sicherheit in Situationen, dass sie rund um den Polizeiberuf rechtliche Hilfe bedürfen. Nicht außer Achtlassen sollte man auch, dass der Dienstherr mit dem „behördlichen Rechtsschutz“ in der Verpflichtung steht. Wie es sich mit dem GdP- und dem behördlichen Rechtsschutz verhält, wie man ihn beantragt und in welchen Fällen sie greifen schilderten Karin Schäfer und Peter Wittig sehr aufschlussreich. Eine Checkliste für unsere Mitglieder ist in der Erarbeitung die den Leistungsumfang und den Antragsweg aufzeigt und dem nächst zur Verfügung steht. Wir lassen eben keines unserer Mitglieder im Stich.

Im Anschluss daran referierte Heinz Schiskowsky über Aktuelles aus dem Tarifbereich. Neben Auswirkungen des Tarifabschlusses gab er auch einen Sachstandsbericht zum derzeitigen Stand der vielen Klagen aus den Reihen der Wachpolizei.

Vor dem Schlusswort des Landesvorsitzenden Andreas Grün berichteten die Bezirks- und Personengruppenvorsitzenden aus ihren Bereichen. Die Senioren wiesen aus das im Spätherbst stattfindende Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ hin. In dem Seminar erhalten angehende Pensionäre und Rentner wichtige und hilfreiche Infos

zum Übergang in den wohlverdienten Ruhestand.

Die GdP-Personengruppen (Frauen, JUNGE GRUPPE und Senioren) halten ihre Konferenzen Ende August 2017 ab. Die Bezirksgruppen werden rechtzeitig aufgefordert ihre Delegierten zu benennen und Anträge einzubringen. Die JUNGE GRUPPE berichtete über die erfolgreiche Berufsvertretungsstunde im Einstellungstermin im Februar. In einer Besprechung muss die Berufsvertretungsstunde ausgewertet und Verbesserungen umgesetzt werden.

Die GdP in Osthessen veranstaltet im Mai wieder das landesweite GdP-Tischtennisturnier und freut sich auf regen Zuspruch. Die Frankfurter GdP bedankte sich für die zahlreiche Unterstützung bei der Kräftebetreuung anl. der letzten Großlagen. Es zeigt sich, dass wir zum Wohle der Mitglieder eng zusammenstehen und das „Funktionäre“ nicht nur am Schreibtisch anzutreffen sind. Die GdP-BZG HBP hat eine Initiative für die geschlossenen Einheiten gestartet. Für eine Zulage für diese Einheiten will man initiativ werden. Denn oft versehen sie den gleichen Dienst wie die Kollegen/-



Impressionen von der Beiratsitzung.

innen auf den Revieren und Stationen und sollen dafür auch die gleiche Entlohnung erhalten.

Text: Ewald Gerk

Fotos: Markus Hüschenbett

ALTERSDISKRIMINIERENDE BESOLDUNG

LAND HESSEN ZU AUSGLEICHSZAHLUNGEN VERPFLICHTET

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat in dem jahrelangen Rechtsstreit von Beamten und Beamtinnen aus Hessen mit ihrem Arbeitgeber, dem Land Hessen, eine abschließende Entscheidung zur altersdiskriminierenden Besoldung getroffen. In zwei Verfahren aus Hessen hat das Gericht entschieden, dass Beamtinnen und Beamten eine Entschädigung zusteht, die eine Besoldung erhielten, die wesentlich an das Lebensalter anknüpfte. Die Höhe der Entschädigung beläuft sich auf einheitlich 100 Euro für jeden Monat, in dem die Diskriminierung andauerte. Gleichzeitig hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass die Verpflichtung des Landes Hessen zur Zahlung von 100 Euro/Monat auf den Zeitraum von November 2012 bis Februar 2014 reduziert ist.

Altersdiskriminierende Besoldung – Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gibt hessischen Klägern Recht

Die GdP Hessen hat ihre Mitglieder 2011/2012 mit Blick auf die bestehende Rechtslage aufgerufen, entsprechende Anträge zur Besoldung aus der Endstufe des Grundgehaltes zu stellen. Durch unser Bemühen konnten wir damals erreichen, dass nicht alle Kolleginnen und Kollegen, die einen solchen Antrag gestellt haben, diesen auch unmittelbar gerichtlich durchsetzen mussten. Das Land hat auf unser Betreiben hin auf die Einrede der Verjährung verzichtet und alle gestellten Anträge bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung ruhend gestellt. Jeder Antragsteller hat einen solchen Bescheid erhalten. Diese höchstrichterliche Entscheidung ist mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nun umgesetzt.

Wir werden die hessische Landesregierung auffordern, die Leipziger Entscheidung zu akzeptieren und nun unter die besoldungsrechtliche Auseinandersetzung einen Schlussstrich zu ziehen.

Alle gestellten Anträge werden derzeit gesammelt

Auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig hin, haben wir am 27. April 2017 eine Sachstandsanfrage an die Bezügestelle (als Rechtsgegner der Antragsteller) gerichtet. Hierauf haben wir dahingehend Auskunft erhalten, dass sämtliche Anträge auf Nachzahlung wegen Altersdiskriminierung derzeit gesammelt werden und in Bearbeitung sind. Mit einer Auszahlung sei allerdings aufgrund der Vielzahl der Fälle nicht vor September 2017 zu rechnen.

Sobald sich in der Angelegenheit ein neuer Sachstand ergibt, werden wir Euch hierüber unterrichten.

Was vor über 5 Jahren „nur ein Stück Papier“ war, führt nun höchstwahrscheinlich zu einer nicht unerheblichen Nachzahlung.

gdp hessen

FRAGEN ZU DEN WAHLEISTUNGEN IN DER BEIHILFE

In der letzten Zeit häufigen sich vermehrt Fragen zur Beihilfe, insbesondere zu den Wahlleistungen. Dabei handelt es sich um durch das Krankenhaus gesondert berechnete wahlärztliche Leistungen (manchmal auch Chefarztbehandlung genannt) und/oder gesondert berechnete Unterkunft, die bis zur Höhe der Kosten eines Zweibettzimmers abzüglich des Eigenanteils von 16 Euro täglich beihilfefähig sein können.

Für Wahlleistungen wird ein monatlicher Betrag von 18,90 Euro vom Gehalt einbehalten. Der Betrag ist pro Beihilferechtigen zu zahlen, unabhängig davon, wieviel berücksichtigungsfähige Personen (damit sind Ehegatten, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, Kinder gemeint) zur Familie gehören. Sollte allerdings z.B. der Ehegatte selbst beihilfeberechtigt sein, ist auch von diesem der Betrag abzuführen.

Um Wahlleistungen in Anspruch nehmen zu können, muss der Beihilferechtigte dies schriftlich beantragt haben. Dies geht nicht immer, sondern nur in wenigen Fällen. In der hessischen Beihilfeverordnung heißt es:

§ 6a HBeihVO – Wahlleistungen

(1) Anspruch auf Beihilfen zu Aufwendungen für Wahlleistungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 6 besteht für Beihilferechtigte, die gegenüber der Festsetzungsstelle innerhalb der Ausschlussfristen nach Satz 4 schriftlich erklären, dass sie für sich und ihre berücksichtigungsfähigen Angehörigen Beihilfen für die Aufwendungen für Wahlleistungen ab Beginn der Ausschlussfrist in Anspruch nehmen wollen. Für die Erklärung ist das von der Festsetzungsstelle herausgegebene Formblatt zu verwenden. Die Ausschlussfrist beginnt

1. *für die am 1. November 2015 nach dieser Verordnung beihilfeberechtigten Personen am 1. November 2015,*
2. *für die am 1. November 2015 ohne Beihilfeberechtigung beurlaubten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter mit dem Wiederaufleben der Beihilfeberechtigung,*
3. *im Übrigen mit dem Tag der Entstehung einer neuen Beihilfeberechtigung nach dieser Verordnung infolge*
 - a) *der Begründung oder Umwandlung des Beamtenverhältnisses in ein solches anderer Art,*
 - b) *der Entstehung des Anspruchs auf Witwengeld, Witwergeld oder Waisengeld oder*
 - c) *der Abordnung oder Versetzung zu einem Dienstherrn im Geltungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes.*

Die Ausschlussfrist beträgt in den Fällen des Satz 3 Nr. 1 bis 3 Buchst. a und c drei und in den Fällen des Satz 3 Nr. 3 Buchst. b sechs Monate. Die beihilfeberechtigten Personen sind auf die Ausschlussfristen schriftlich hinzuweisen. In den Fällen des Satz 3 Nr. 3 Buchst. a und c ist ein erneuter Hinweis nach Satz 5 entbehrlich, wenn kein Dienstherrwechsel damit verbunden ist.

Für Beamte/-innen auf Widerruf gilt, dass Sie mit bestande-

ner Laufbahnprüfung und Ernennung zum Beamten auf Probe (BaP) erneut innerhalb der dreimonatigen Frist des § 6a Abs. 1 Satz 3 Nr. 3a und Satz 4 die Erklärung, dass Sie die Wahlleistungen auch künftig in Anspruch nehmen will, schriftlich auf dem amtlichen Vordruck bei der Beihilfestelle abgeben muss.

Das Problem steckt hier im Satz 5 des § 6a Abs. 1 HBeihVO. Die Kommissarssanwärter/-innen sind mit der Einstellung als Beamter auf Widerruf (BaW) einmal auf die Ausschlussfristen hingewiesen worden.

Die Festsetzungsstelle (Beihilfestelle) und die Bezügestelle müssen, da kein Dienstherrwechsel stattfindet, jetzt nicht nochmals auf den Lauf der Frist hinweisen. Den jungen Kolleginnen und Kollegen dürfte zu diesem Zeitpunkt nicht klar sein, dass sie nach bestandener Laufbahnprüfung und Ernennung zum Beamten auf Probe (BaP) innerhalb dreier Monate die Erklärung abgeben müssen.

Gleiches gilt, wenn die Probezeit erfolgreich beendet ist und der/die Beamte/-in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (BaL) wechselt. Dann beginnt ebenfalls eine neue Erklärungsfrist, auf die der Dienstherr nicht hinweisen muss.

Bei der Versetzung in den Ruhestand (Pensionierung) hat man ein weiteres Mal die Möglichkeit, sich für die Inanspruchnahme der Wahlleistungen gem. § 6a HBeihVO zu entscheiden.

Beachtet man diese Fristen nicht, hat man bis zum nächsten Datuswechsel i.d.R. keine Möglichkeit mehr sich für die Inanspruchnahme von Wahlleistungen zu entscheiden.

Was muss ich tun?

Entscheidet man sich für die Inanspruchnahme von Wahlleistungen gem. § 6a HBeihVO und ist ein zuvor beschriebener Statuswechsel erfolgt, sollte man die von der Festsetzungsstelle (Beihilfestelle) übersandte Benachrichtigung beachten. Die ausgefüllte Erklärung innerhalb der Frist zurücksenden und um eine Eingangsbestätigung bitten.

Die Festsetzungsstelle (Beihilfestelle) übersendet i.d.R. den Schriftverkehr auf die Dienststelle. Deshalb ist es auch wichtig, dass man bei längerer Abwesenheit (längere Krankheit, Abordnung etc.) auf der Dienststelle nachzufragen, ob man Post von der Festsetzungsstelle (Beihilfestelle) erhalten hat.

Parallel dazu ist es auch wichtig auf dem Bezügenachweis (Gehaltszettel) zu kontrollieren, ob die 18,90 Euro für die Wahlleistungen gem. § 6a HBeihVO, die monatlich zu zahlen sind auch vom monatlichen Gehalt einbehalten wurden. Sollte dies nicht der Fall sein, bitte unverzüglich Kontakt (am besten per Mail) mit der Beihilfestelle und der Bezügestelle aufnehmen.

Sollten Sie sich für die Weitergewährung der Beihilfe (Wahlleistungen) entschieden haben und möchten diese Entscheidung rückgängig machen, können Sie das jederzeit ohne Angaben von Gründen mit Wirkung für die Zukunft zum Ersten des nächsten Kalendermonats tun.

Ewald Gerke

MISSTÄNDE SIND DAS!

SCHLECHTE UNTERBRINGUNG BEI DER POLIZEI IN OFFENBACH

Mit dem nachfolgenden Artikel möchte ich auf Missstände bei der Polizei, speziell im Bereich der Stadt Offenbach, hinweisen.

In der Stadt Offenbach existieren mehrere Liegenschaften, in welchen Mitarbeiter des Polizeipräsidium Südosthessen arbeiten. Die Berliner Straße mit dem 2. Revier und einigen Kommissariaten in den drei darüber liegenden Stockwerken, die Geleitsstraße mit dem Polizeipräsidium, das 1. Revier in der Mathildenstraße mit dort untergebrachten Kommissariaten und die Schumannstraße sowie den Polizeiläden am Stadthof.

In diesen Gebäuden besteht seit Jahren ein Renovierungs- und Investitionsstau. Dieser resultiert daraus, dass seit dem Jahr 2005 die konkrete Planung für einen Neubau des Präsidioms besteht. Geplant war der erste Spatenstich in 2012 und die Fertigstellung am 14.07.2014. Nun schreiben wir das Jahr 2017, das Grundstück steht immer noch bereit. Da nach wie vor ein Rechtsstreit zwischen den Bietern besteht, ist von einem Neubau weit und breit nichts in Sicht.

Vorweg sei noch gesagt, dass kaum eine dieser Liegenschaften für den barrierefreien Zugang wirklich ertüchtigt ist. Menschen, welche nicht mehr oder nur schlecht gehen und Treppen steigen können, haben es sehr schwer, die Gebäude zu betreten und sich innerhalb dieser zu bewegen. Das führt dazu, dass die Bürgernähe nicht für alle Menschen gleich gegeben ist.

Beispielhaft möchte ich auf die Liegenschaften in der Geleitsstraße und in der Berliner Straße eingehen.

Sanierungsfall Präsidiombau

Das Präsidium, in der Geleitsstraße, ist ein Bau aus den fünfziger Jahren. Es wurde Ende der siebziger Jahre noch mal für die Polizei ertüchtigt. Entsprechend alt ist teilweise die Technik und mittlerweile störanfällig.

Die in die Jahre gekommenen Toilettenanlagen sind mittlerweile sehr störanfällig. Defekte und Reparaturen häufen



Deutliche Risse im Polizeipräsidium Offenbach im Bereich der Umkleieräume im Keller.

sich.

In dem Gebäude sind deutlich Rissbildungen zu erkennen. Es sind keine feinen kleinen Haarrisse, sondern deutlich erkennbare Risse mit Schadensausbildung. In einem Treppenhaus ist ein deutlicher Luftzug von außen nach innen zu spüren. Die Rissbildung führt dazu, dass diese regelmäßig durch einen Baustatiker begutachtet werden, um rechtzeitig reagieren zu können.

Im Bereich der Fassade mussten in 2016 Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden, damit niemanden durch herabfallende Elemente geschädigt wird.

Der Personenaufzug im Bereich des Haupteingangs ist mehr außer als in Betrieb. Dieses resultiert aus seinem Alter und dem ständigen Kampf um entsprechende Geldmittel zur Reparatur.

Im rückwärtigen Bereich ist die Fassade in Bewegung, was durch entsprechende Risse sichtbar ist.

Die ganze Situation führt dazu, dass bei den Mitarbeitern doch des Öfteren ein „mulmiges“ Gefühl aufkommt, was die Sicherheit des Arbeitsplatzes angeht.

Das 2. Revier

In der Berliner Straße gibt es das Hauptgebäude mit dem 2. Revier, und den in den darüber liegenden Stockwerken befindlichen Kommissariaten. Im Hof besteht ein weiteres Gebäude,



Boden im Keller Berliner Straße, Boden in Auflösung, sichtbare Löcher.

in welchem das K 35 untergebracht ist. Die Grundgebäude sind in etwa aus dem Jahre 1905-1910.

Auch hier gibt es immer häufiger Probleme mit der in die Jahre gekomme-



Foto links: Riss in der Fassade im Hof und darunter abstehende Platten (Präsidium).

Foto rechts: Arbeitszimmer Berliner Straße mit Abwasserrohr an der Decke.



Ein Büro musste wegen Schimmelbelastung geschlossen werden!

Es wurden Gegenmaßnahmen eingeleitet, um Formaldehyd und Schimmelbelastung zurück zu drängen. Allerdings darf der Keller nur mit entsprechender Schutzausrüstung betreten werden.

Jeder kann sich bestimmt vorstellen, wie sich die Mitarbeiter in einer solchen Arbeitsumgebung fühlen.

Fazit:

Zu guter Letzt möchte ich darauf hinweisen, dass in den Jahren 2018 – 2020 die Mitarbeiterzahl der Polizei aufgestockt werden wird.

Die zusätzlichen Beamten werden auch gebraucht und sehnlichst erwartet.

Nur sehe ich im Moment keine Möglichkeit diesen wichtigen Personalzuwachs auch so unterzubringen, dass er auch arbeiten kann.

Mein Aufruf an die politisch Verantwortlichen:

Nehmen Sie endlich Geld in die Hand, um die Unterbringungssituation und teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das Aussitzen der Situation mit dem Hinweis auf den Neubau des Präsidiums –BER lässt grüßen– wird die Arbeitssituation unerträglich werden lassen.

Stefan Wagner,

Vorsitzender GdP Kreisgruppe Offenbach

nen Haustechnik. Notwendige Aus- und Umbaumaßnahmen laufen, wenn überhaupt, nur schleppend. Fenstersimse aus Sandstein bröckeln.

Der Keller ist feucht und in einem sehr schlechten Zustand. Durch mehrere Wasserschäden löst sich der Fußboden auf, der Putz bröckelt von den Wänden und ein feuchter modriger Geruch hängt in der Luft. Hier unten befinden sich neben einem Teil der Technik auch ein Asservatenraum sowie Archivräume.

Der Zustand führt dazu, dass die Mitarbeiter froh sind, wenn sie den Keller schnellstmöglich wieder verlassen können.

Im Bereich des 2. Revieres und der Revierleitung im Erdgeschoss finden endlich lang ersehnte Sanierungsarbeiten statt. Natürlich im laufenden Betrieb.

Nichts desto trotz ist die Platzsituation immer noch prekär. Arbeitszimmer, welche eigentlich für zwei Personen ausgelegt sind, müssen sich teilweise drei Personen teilen.

In den drei darüber befindlichen Stockwerken ist die Temperatur im Sommer ein großes Problem. Hier werden nicht selten 35–40 Grad erreicht. Als Ausgleich hierfür hat die Heizung im Winter des Öfteren Aussetzer. Allerdings zeigt die Heizungsanlage auch, durch laute Klopfergeräusche, dass sie noch am Arbeiten ist.

Es laufen Abwasserrohre unverkleidet

und ungedämmt durch Arbeitszimmer im Kommissariat mit entsprechender Geräuschentwicklung.

Die sanitären Anlagen sind aus den Siebzigern und strahlen nicht nur deren Charme aus, sondern sind auch des Öfteren verstopft.

Die Raumbedarfe sind mittlerweile höher als die zur Verfügung stehende Fläche. Es gibt keinerlei Raumreserven oder Ausweicarbeitsplätze. Das Standardarbeitszimmer ist mit zwei Polizeibeamten belegt. Wenn in so einem Büro eine intensive Vernehmung läuft, kann diese schon mal über deutlich mehr als eine Stunde dauern. Dieses bedeutet für den zweiten Beamten, dass er in dieser Zeit kaum oder gar nicht in seinen eigenen Vorgängen arbeiten, geschweige denn eine eigene Vernehmung machen kann.

Ein Kommissariat ist, wegen der nicht vorhandenen Büros, auf zwei Liegenschaften aufgeteilt. So befindet sich ein Teil in Heusenstamm, im Gebäude der dortigen Polizeistation.

Eine Besonderheit dort ist das K 35. Dieses ist in einem extra Gebäude im Hof, Berliner Straße, untergebracht.

Nach dem es dort schon seit Jahren immer wieder zu Wasserschäden gekommen ist, entwickelte sich bei den Mitarbeitern dort eine gesundheitliche Problematik. Es wurde über brennende Augen, Reizhusten und schnupfenähn-

lichen Symptomen geklagt. Eine daraufhin durchgeführte Orientierungsmessung in diesem Gebäude ergab eine erhöhte Belastung mit Formaldehyd. Weiterhin wurde eine starke Schimmelbildung u. a. im Keller festgestellt, was nicht verwunderlich ist, da dieser ständig nass ist.

WERTSCHÄTZUNG – WICHTIGER DENN JE!

Der Begriff Wertschätzung wird heute, insbesondere in der medialen Berichterstattung, beinahe inflationär und viel zu oft falsch verwendet. Umgangssprachlich wird Wertschätzung oft mit Lob und der Anerkennung von Leistung gleichgesetzt. Wertschätzung ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen – im Job genauso wie im Privatleben. Wir wollen, mit dem, was wir sind, was wir machen und geleistet haben, gesehen und anerkannt – eben „gewertschätzt“ – werden.

Richtig angewendet, setzt Wertschätzung enorme Kräfte frei und wirkt motivierend. Aber: achtlos verschleudertes Lob nach dem Gießkannenprinzip bewirkt das genaue Gegenteil: *man spürt die Absicht dahinter und ist verstimmt!*

Es ist diese grundlegende Bedeutung von Wertschätzung, die sie für viele Führungskräfte so schwierig macht. Die meisten Führungs- und Belohnungssysteme sind lediglich auf die Bewertung und Honorierung von Leistung ausgelegt – Wertschätzung schrumpft damit zum Funktionswert.

¹Die Überschrift dieses Artikels ist nicht zufällig gewählt. Sie macht deutlich, dass der Begriff „Wertschätzung“ derzeit gesamtgesellschaftlich „in aller Munde ist“.

In Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen monieren die meisten, dass sie sich häufig nicht „von oben wertgeschätzt“ fühlen. Lob und Anerkennung für geleistetes, auch und gerade vor dem Hintergrund einer viel zu engen – und damit angespannten Personaldecke – sind leider nicht immer von allen Vorgesetzten Mittel und Instrumente einer gelebten Führungskultur.

Um nicht Missverstanden zu werden: die Politik und damit die Landesregierung ist verantwortlich für die Personal- und Sachausstattung der hessischen Polizei. Nur: der Umgang mit knappen Personalressourcen, ständige zusätzliche Aktionen und Einsatzmaßnahmen belasten dauerhaft! Welche Führungskraft sagt auch mal „Nein“? Dies alles habe ich mir nicht ausgedacht, es sind tatsächlich Meinungen vieler Kollegin-

nen und Kollegen!

Unsere Polizei ist hierarchisch organisiert. Wenn Führungskräfte Wertschätzung ausüben, tun sie dies oft, in dem (ausschließlich) die Leistung bereits erbrachter Arbeit der Nachgeordneten bewertet wird. Der Polizeiberuf ist ein Teamberuf! Nur gemeinsam im Team werden oft die schwierigen Herausforderungen zum Erfolg geführt. Führungskräften kommt dabei eine erhebliche Rolle zu. Sie sind für Arbeitsbedingungen des Teams verantwortlich! Dazu zählt eine gerechte Personalausstattung.

Aber das alleine reicht nicht. Unsere Teams brauchen darüber hinaus den Rückhalt ihrer Vorgesetzten, um letztlich erfolgreiche Arbeit abzuliefern zu können. Verantwortliche Dienstplanung mit Augenmaß für diejenigen, die den „Karren ziehen“, ist gefragter denn je! Immer häufiger werden beim rechtmäßigen Einschreiten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vom „polizeilichen Gegenüber“ wegen Fehlverhalten (in unterschiedlichsten Ausprägungen) angezeigt.

Mit oft langandauernden Ermittlungsverfahren, die häufig seitens der Staatsanwaltschaften eingestellt werden, indes für die Betroffenen aber erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen. Im Zeitraum laufender Ermittlungen sind grundsätzlich Beförderungen, Versetzungen oder andere, für die betroffenen Beamtinnen und Beamten von Bedeutung erscheinende beamtenrechtliche Maßnahmen ausgesetzt. Mehr noch: der persönliche Druck steigt – die Unsicherheit auch!

Um an dieser Stelle ausdrücklich NICHT falsch verstanden zu werden: dienstliche Fehlverhalten dürfen weder toleriert noch geduldet werden! Sie sind zu sanktionieren! Aber: viele Kolleginnen und Kollegen wünschen sich Vorgesetzte, die sich zunächst vor die Mannschaft stellen, bevor der „Aktendeckel“ aufgeht.

Als messbare Motivation wirken beispielsweise „Beförderungschancen“, die bei der hessischen Polizei, gemessen an der Stellenplanobergrenze, noch bei weitem nicht ausgeschöpft sind.

Wenn knapp 10.000 Polizeibeamte (von 14.000) in den Eingangsbesoldungsgruppen A 9 und A 10 bewertet sind, ist hier erkennbarer und deutlicher Handlungsbedarf der politisch Verantwortlichen erforderlich, diesen desolaten Stellenkegel „wirksam und damit auch zukunftsfähig aufzubohren“. Bis 2020 sollen über 1000 neue Polizeibeamtinnen und -beamte den Personalkörper verstärken. Wenn zeitnah keine Hebungsprogramme initiiert werden, „die den Flaschenhals in die A 11“ und die Besoldungsgruppen A 12 und A 13 verbreitern, wird der Druck in den Eingangsbesoldungsgruppen enorm anwachsen.

Bei der derzeitigen Stellenstruktur bleibt eine Berufszufriedenheit gleichsam mit den nicht vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten „auf der Strecke“. Um den Polizeiberuf in Hessen zukunftssicher – und für eine Attraktivität (im Konzert der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des BKA) zu sorgen, hat der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es braucht, um im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ bestehen zu können.

Mit einem A10er-Bauch von über 60% wird dies nicht möglich sein. Unsere Fach- und Verwaltungsbeamtinnen dürfen wir an dieser Stelle natürlich nicht vergessen, auch sie leisten eine unverzichtbare Arbeit für die Innere Sicherheit und entlasten den Vollzug. Polizeibeschäftigte beweisen 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, dass sie ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verrichten.

Ja, auch die Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Arbeit unserer Polizei kann sich sehen lassen! „Das größte Vertrauen bei den Bundesbürgern genießt die Polizei. Das ist das Ergebnis einer von der Zeitschrift „stern“ in Auftrag gegebenen Forsa-Untersuchung über das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Neben der Polizei, die im Vergleich zum Vorjahr gleich um elf Prozentpunkte auf 88 Prozent zulegen konnte, vertrauen die Deutschen vor allem den eigenen Arbeitgebern (83 Prozent) und den Ärzten (80 Prozent), während Wirtschafts-

¹ <http://karrierebibel.de/wertschaetzung/>

manager allgemein (15 Prozent) und die Werbeagenturen (9 Prozent) die Schlusslichter sind.“² Ein hohes Maß an Wertschätzung erfahren die Polizeibeschäftigten aus der Bevölkerung!

Was viele von uns nicht verstehen ist die Tatsache, dass die hessischen Polizeivollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte jahrelang von einer gerechten Einkommensentwicklung abgehängt wurden! Immerhin: in diesem Jahr erfolgt, wenn auch mit deutlicher Verzögerung, die inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses! Die hessische Polizei rangiert im Ländervergleich bei den Einkommensbedingungen leider nicht auf einem vorderen Platz!

Mit spürbaren Folgen für viele Polizeibeschäftigte und deren Familien! Betrachtet man die Einkommensentwicklung in den zurückliegenden Jahren fällt auf, dass die dienstlichen Anforderungen jährlich ansteigen, die Entwicklung der Gehälter indes längst nicht mehr mit den (hessischen) Tarifabschlüssen Schritt halten.

Es besteht insbesondere vor dem Hintergrund der allgemeinen Sicherheitslage der ausdrückliche und ausgeprägte Wunsch vieler unserer Mitmenschen, dass die Politik nachhaltige Voraussetzungen für eine gut ausgebildete, gut ausgestattete und gut bezahlte Polizei schafft! Anforderungen (angespann-

² <http://www.stern.de/politik/deutschland/polizei-geniess-t-das-groesste-vertrauen--laut-stern-umfrage-7347446.html>

te Sicherheitslage) steigen permanent, selbstredend müssen damit auch stetige Anpassungen und Verbesserungen mit einhergehen.

Bei der Vorstellung der PKS in Hessen wird Innenminister Beuth wie folgt zitiert: „Laut einer repräsentativen Umfrage des Hessischen Rundfunks vom 16. Januar 2017 fühlen sich zurzeit rund vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sicher. Das Vertrauen der Bevölkerung haben die hessischen Polizeibediensteten auch im vergangenen Jahr unter schweren sicherheitspolitischen Bedingungen angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus untermauert.(...) Umso erschreckender sei die Tatsache, dass im vergangenen Jahr in Hessen in fast 3.500 Fällen Polizeibedienstete Opfer von Gewaltstraftaten wurden, so Beuth. Dieser traurige Höchststand zeigt, dass die von Hessen angestrebte Gesetzesinitiative zum verbesserten Schutz der Beamtinnen und Beamten zwingend notwendig und längst überfällig ist“.³

Bundesregierung beschließt Gesetzentwurf für Schutzparagraf! Das neue Gesetz hat eine weitere Hürde auf dem Weg der Gesetzgebung genommen. Immerhin ein Fortschritt, denn als 2015 die Innenministerkonferenz einen Vorstoß in Form des Schutzparagrafen oder der Strafverschärfung des bestehenden Widerstandsparagrafen 113 Strafgesetzbuch beschließen sollte, konnten

³ <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/polizeiliche-kriminalstatistik-2016>

sich die Innenminister weder zum einen, noch zum anderen durchringen. Nun, zwei Jahre und etliche (schwer) verletzte und getötete Einsatzkräfte später, ist man einen entscheidenden Schritt weiter gekommen. Der neue Schutzparagraf, der in § 114 Strafgesetzbuch verankert werden soll, soll nun künftig Polizisten unabhängig davon, ob sie eine Vollstreckungshandlung vornehmen oder nicht, schützen. Bleibt zu hoffen, dass der Gesetzgeber zeitnah und ohne vermeidbare Verzögerungen die Inkraftsetzung des „Schutzparagrafen“ umsetzt. Zurück zum Begriff der Wertschätzung.

Anlässlich der in diesen Tagen in den Behörden stattfindenden Beförderungen stellte das PP Osthessen folgenden Beitrag ins Netz: „Besonders freute sich Polizeipräsident Voß über die steigende Wertschätzung, die die Polizei in den Medien und der Bevölkerung erfährt: „Das finde ich gut. Das ist genau das, was den Beruf attraktiv macht. Polizistin und Polizist zu sein ist ein ehrenwerter Beruf!“ Dem schloss sich auch Karsten Bech als Vorsitzender des Personalrates an: „Wertschätzung ist das, was Ihr heute erfahrt. Genau das ist es, was ihr alle und Eure Kolleginnen und Kollegen verdienen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Jens Mohrherr

POLIZEIOLDTIMER-MUSEUM ÖFFNET AM 21. MAI

Mit dem diesjährigen zweiten Museumstag beteiligt sich das 1. Deutschen Polizeioldtimer Museum in Marburg am **Sonntag, 21. Mai, in der Zeit von 11 bis 17 Uhr, am Internationalen Museumstag. Der Eintritt ist auch diesmal frei!**

Zum Motto des Museumstages: „Spurensuche. Mut zur Verantwortung!“ tragen sicherlich auch die historischen Polizeifahrzeuge aus dem einzigartigen Marburger Museum bei.

Die weiteren Öffnungstermine für dieses Jahr sollte man sich schon einmal merken, dies sind der:

- 25. Juni,
- 13. August (mit Sommerfest),
- 10. Sept. und
- 15. Oktober.

Der Eintritt ist frei! Infos unter: www.polizeioldtimer.de.



Anfahrt:

Das Museum befindet sich an der Kreisstraße 69 in Richtung des Marburger Stadtteils Cyriaxweimar.

JUNGE UNION LANGENSELBOLD TRIFFT BZG SOH

Mitte April 2017 traf sich der Vorstand der Jungen Union Langenselbold mit dem Bezirksgruppenvorsitzenden Thorsten Pfeiffer.

Themen waren:

- Personalentwicklung der Polizei im Main-Kinzig-Kreis
- Motivation und Engagement der Kollegen/innen im Main-Kinzig-Kreis
- Arbeits-/Einsatzbelastung der Kollegen/innen im Main-Kinzig-Kreis
- Besoldung/Personal/Ausstattung/Tarif in Hessen

Die o.a. Themenbereiche wurden ausführlich diskutiert und es wurde festgestellt, dass trotz der Einstellungsoffensive durch die aktuelle Landesregierung noch vieles im Argen liegt. Eine deutliche Nachbesserung ist erforderlich.

In den nächsten Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den wohlverdienten Ruhestand. Wenn man bedenkt, dass bei allen Einstellungszahlen am Ende nur noch 90 Prozent der Studierenden übrig bleiben, ist es offensichtlich, dass nachgebessert werden muss. Die Endzahlen reichen lediglich dazu aus, um die Ruhestandsversetzungen auszugleichen, mehr nicht. Der Schritt in die richtige Richtung muss weitergeführt werden. Sowohl im Beamtenbereich als auch im Tarifbereich.

Durch die aktuellen Lagen, wie Rockerkriminalität, Fußball-Risikospiele, angeordnete Kontrollen, Internetkriminalität, Terrorgefahr, Flüchtlingsaufnahme, u.v.a.m. sind die Kollegen/innen im Main-Kinzig-Kreis am Rande ihrer Belastungsgrenze. Die Krankheitsrate stieg in den letzten Jahren signifikant an. Durch die geringe Wertschätzung der aktuellen Landesregierung und der vielen bekannten Streichungen, steigt die Demotivation, das Unverständnis und die Frustration der Kollegen/innen an der Basis immer



mehr an.

Die Junge Union teilte mit, dass sie in Kürze bei der CDU-Mutterpartei (Delegiertentag) einen Antrag, bezüglich der o.a. Themen einbringen wollen. Die Reaktion der CDU bleibt abzuwarten.

Die Junge Union zeigte gleichfalls ihr Unverständnis über die aktuelle Situation und die jungen Leute gaben an, dass sie alles versuchen um den Zustand zu verbessern.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine Verbesserung nur erreicht werden kann, wenn die Entscheidungsträger eine vertrauensvolle, konstruktive, harmonische Zusammenarbeit pflegen und offen für die Probleme der Kolleginnen und Kollegen sind. Sowohl im Beamten, als auch im Tarifbereich.

Auf die Rückmeldung der CDU-Mutterpartei sind wir gespannt.

*Thorsten Pfeiffer
Vorsitzender der BZG-Südosthessen*

PRÄSIDENTENTREFFEN IM PP SÜDOSTHESSEN

Polizeipräsident Roland Ullmann freute sich, am 9. Februar 2017 die ehemaligen Polizeipräsidenten des Polizeipräsidioms Offenbach beziehungsweise ab 2001 des Polizeipräsidioms Südosthessen zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch zu begrüßen.

In dem Gespräch mit Polizeipräsident a.D. Kurt Löwer (1971-1993), Polizeipräsident a.D. Dr. Rainer Buchert (1993-1999), Ministerialdirigent Günter Hefner (1999-2003 und 2010) und Polizeipräsident a.D. Heinrich Bernhardt (2003-2010) entwickelte sich schnell anhand von Informationen zum Polizeipräsidium und zu den aktuellen Herausforderungen in der Sicherheitslage ein reger Austausch zu den rechtlichen, organisatorischen und personellen wie materiellen Rahmenbedingungen der polizeilichen Arbeit in den letzten Jahrzehnten.

Darüber hinaus wurde natürlich das ein oder andere prägende dienstliche Erlebnis in Erinnerung gerufen. *PP SOH*



Südosthessens Polizeipräsidenten v.l. Günther Hefner, Roland Ullmann, Heinrich Bernhardt, Kurt Löwer, Dr. Rainer Buchert.

GDP-STERN FÜR NEUHAUS UND PUFPAFF

Wie es bereits seit vielen Jahren in der Kreisgruppe Kassel zur guten Tradition geworden ist, bekam am 02.04.2017 Frau Nele Neuhaus den GdP Stern in der Stadthalle Baunatal für ihre Taunus-Krimis und die positive Darstellung ihrer Ermittler um Oliver von Bodenstein für das Jahr 2017 verliehen.

Frau Neuhaus freute sich sehr über die Auszeichnung und hielt eine fesselnde Rede, in der sie sich für den GdP-Stern herzlich bedankte und Einblicke in ihre Recherchen für die Romane gewährte. Der GdP-Stern soll einen Ehrenplatz in ihrem Arbeitszimmer bekommen.

Unser „GdP-Haus-Musiker“ Franco di Gracia sorgte mit live Musik für kurzweilige Unterhaltung zwischen den Ehrungen. Marcus Leitschuh moderierte den Abend in gekonnter Leichtigkeit mit viel Humor. Herr Sebastian Pufpaff, Kabarettist aus dem ZDF, wurde nach einer Laudatio von Lars Elsebach für den Beitrag in



Pfufpaffs Happy Hour, der Polizei einfach mal Danke sagen, geehrt. Nach diesem Beitrag, den man sich auf YouTube anschauen kann, wurden viele Kolleginnen und Kollegen von Bürgern angesprochen, die sich einfach bei der Polizei für ihre gute Arbeit bedanken wollten. Herr Pfufpaff freute sich ebenfalls über den GdP Stern 2017.

Mit 220 Gästen aus der Politik, der Polizei und Freunden feierten wir in der Stadthalle Baunatal mit anschließendem Buffet ein tolles Fest.

Stefan Ruppel

Wachpolizei - Höhergruppierung

Das Land Hessen beabsichtigt keine Revision zur Entscheidung des LAG einzulegen. Sobald die noch laufenden LAG-Verfahren abgeschlossen sind, wird mit Hochdruck daran gearbeitet werden, die dann entschiedenen Verfahren auf die vergleichbaren Kolleginnen und Kollegen der Wachpolizei (jeweils gleiche Tätigkeit) zu übertragen, auch wenn sie bisher noch keine Klage erhoben haben. Hier genügt die seinerzeitige Antragstellung auf Höhergruppierung in die „kleine“ EG 9 TV-H.

Im Laufe des Jahres soll das Gesamtverfahren Wachpolizei dann abgeschlossen sein. Der hessische Innenminister Peter Beuth hatte bereits im Dezember 2016 mitgeteilt, dass das Land Hessen auf die Einrede der Verjährung zu den Ansprüchen der Wachpolizei verzichtet.

PARITÄTISCHE FINANZIERUNG DER GKV

DGB AN ARBEITGEBER: SOZIALVERSICHERUNG BERUHT NICHT AUF ERPRESSUNG

Der DGB fordert, dass die Arbeitgeber endlich wieder die Hälfte der Kosten in der Gesetzlichen Krankenversicherung tragen. Jetzt drohen die Arbeitgeber für diesen Fall mit Lohnstillstand. „So nicht, lieber Sozialpartner“, sagt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Die Idee der Sozialversicherung beruht nicht auf Erpressung, sondern einer sauberen 50/50-Finanzierung.“

Seit Wegfall der so genannten paritätischen Finanzierung steigen die einseitigen Belastungen der abhängig Beschäftigten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) immer weiter an: Die Arbeitgeber zahlen bei Weitem nicht mehr die Hälfte, die Arbeitnehmer dafür umso mehr. «Aktuell beträgt die finanzielle Mehrbelastung des einzelnen Arbeitnehmers im Durchschnitt 400 Euro im Jahr.

«Bleibt es bei dieser Verteilung, wird im Jahr 2021 der durchschnittliche Arbeitnehmer 946 Euro pro Jahr mehr zahlen», so Buntenbach.



Eine Aktion des DGB.

So nicht, liebe Arbeitgeber!

Jetzt droht die BDA mit Lohnstillstand für den Fall, dass Arbeitgeber wieder die Hälfte zahlen sollen. Die Botschaft an die Arbeitnehmer sei klar, so Buntenbach: „Haltet still, zahlt weiter drauf, damit wir euch morgen etwas mehr Lohn zugestehen. So nicht, lieber Sozialpartner: Die Idee der Sozialversicherung beruht nicht auf Erpressung,

sondern einer sauberen 50/50-Finanzierung.“

Arbeit würde praktisch nicht „teuer“

Die Arbeitgeber behaupten, Arbeit, beziehungsweise Lohnnebenkosten würden deutlich steigen, wenn Arbeitgeber wieder die Hälfte der Kosten übernehmen würden. Annelie Buntenbach hält dagegen: «Die Bedeutung der paritätischen Beitragsfinanzierung

Gesundheitsausgaben in Prozent



Fast zwei Drittel der Gesundheitsausgaben zahlen heute die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nur noch rund ein Drittel die Arbeitgeber. DGB

der gesetzlichen Krankenkassen für Löhne und Beschäftigung ist zu gering. Die Bayerischen Handwerkskammern kalkulierten für das Jahr 2013 die durchschnittlichen Kosten für eine Handwerkerstunde mit 48,51 Euro. Davon entfielen auf den Bruttolohn 13,50 Euro. Eine Erhöhung des Arbeitgeberanteils an den GKV-Beiträgen von 7,3 auf paritätische

7,85 Prozentpunkte würde zu einer Mehrbelastung von sieben Cent führen. Das sind gerade einmal 0,55% von 13,50 Euro. Die Gesamtkosten einer Handwerkerstunde würden nur um 0,14% steigen, ein für die Nachfragen nach Handwerkerleistungen unerheblicher Effekt. Auch ist die Behauptung, die Sozialversicherungsabgaben seien in Deutschland im internationalen

Vergleich zu hoch, nicht richtig. Sowohl bei den Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber als auch bei den Lohnnebenkosten insgesamt liegt Deutschland laut OECD unter dem Durchschnitt der Europäischen Union.»

Milliardenbelastung der Arbeitnehmer

„Unabhängig von der Frage des Arbeitnehmer-Zusatzbeiträge: Insgesamt tragen die abhängig Beschäftigten durch Leistungsausgliederungen und Privatisierung 61 Milliarden Euro mehr als die Arbeitgeber“, so Buntenbach weiter. „Die Wiedereinführung der paritätischen Beiträge würde dieses Ungleichgewicht auf 53,9 Mrd. Euro verringern – und die einseitigen, weiter steigenden Arbeitnehmer-Zusatzbeiträge ganz beseitigen.“

aus DGB-einblick Mai/2017

DIGITALISIERUNG UND ARBEIT

Digitalisierung kann genutzt werden, um Arbeit zum Vorteil der Menschen und ihrer Gesundheit zu gestalten. Dass der Trend aber gerade in die andere Richtung geht, zeigt die Sonderauswertung „Digitalisierung und Arbeitsintensivierung“ des DGB-Index Gute Arbeit, die Annelie Buntenbach (DGB), Dr. Hans-Jürgen Urban (IG Metall) und Lothar Schröder (ver.di) am Mittwoch in Berlin vorgestellt haben*.

46 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre Arbeitsbelastung aufgrund der Digitalisierung zugenommen hat. 54 Prozent berichten, ihre Arbeitsmenge sei größer geworden. Auch der Zeitdruck nimmt mit steigendem Digitalisierungsgrad zu: Während 51 Prozent derjenigen, die nicht digital arbeiten, davon berichten, sind es 60 Prozent derjenigen, die mit digitalen Mitteln arbeiten. Von ständigen Unterbrechungen und Störungen berichten 69 Prozent der Befragten (im Vergleich zu 36 Prozent, die nicht digital arbeiten). Daraus ergibt sich für den DGB sowie die Gewerkschaften Ver.di und IG Metall akuter politischer Handlungsbedarf.

A. Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied: „Die Ergebnisse zeigen, dass Digitalisierung Arbeit nicht automatisch besser macht. Psychische Erkrankungen be-

wegen sich seit Jahren auf einem erschreckend hohen Niveau. Für uns steht außer Frage, dass schlecht organisierte Arbeit ein entscheidender Stressfaktor ist und die Gesundheit der Beschäftigten beeinträchtigt. Trotz gemeinsamer Erklärungen mit den Arbeitgebern sind wir bei der Prävention noch nicht vorgekommen.“

Lothar Schröder, ver.di-Vorstand: „Wer Einfluss auf die Digitalisierung nehmen kann, ist durch sie weniger belastet. Weil die Digitalisierung neue Formen der Arbeit fördert, brauchen Betriebsräte Mitbestimmung bei der Arbeitsmenge und Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Belastungsanzeigen von Arbeitnehmern ernst zu nehmen. Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen sind dringend notwendig in einer Arbeitswelt, in der häufig die Grenzlinien zwischen privat und beruflich an Eindeutigkeit verlieren. Weil die Digitalisierung in rascher Geschwindigkeit und Häufigkeit herkömmliche Prozesse verändert, ist ein ständiges Monitoring der Arbeitsbedingungen notwendig. Wir brauchen in allen Betrieben ein soziales Benchmarking, damit die Steuerung über immer feiner zisierte Finanzkennziffern nicht das

Menschliche erdrückt.“

Dr. Hans-Jürgen Urban, IG Metall-Vorstandsmitglied: „Die Digitalisierung kann einen Beitrag leisten zur Humanisierung der Arbeit, tatsächlich hält sie aber vielfach nur als Rationalisierung von oben Einzug in die Betriebe. Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gewinnen an Bedeutung. Das goldene Dreieck mit dem Achtstundentag, der 40-Stundenwoche und mindestens 11 Stunden Ruhezeit gerade für die digitale Arbeit notwendig, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unzumutbarer Arbeitsverdichtung und Hetze bei der Arbeit zu schützen. Die Forderung der IG Metall nach einer Anti-Stress-Verordnung gewinnt durch die Digitalisierung weiter an Dringlichkeit.“

*Der jährliche Report „DGB-Index Gute Arbeit“ erscheint seit 2007. Für die aktuelle Sonderauswertung wurden 2016 knapp 10.000 Beschäftigte aller Branchen und Berufsgruppen danach gefragt, wie sie die Auswirkungen der Digitalisierung auf ihre Arbeitsbedingungen einschätzen.

INFO-VERANSTALTUNG: „PFLEGE IN DER BEIHILFE“

WIELAND ERTL WURDE FÜR 50 JAHRE MITGLIEDSCHAFT GEEHRT

Ende Februar fand im Besprechungsraum der Polizeidirektion Vogelsberg eine Info-Veranstaltung der Kreisgruppe Vogelsberg zum Thema „Pflege in der Beihilfe“ statt.

Hierzu konnten von dem Kreisgruppenvorsitzenden Udo Klar 35 Kolleginnen und Kollegen –sowohl Aktive als auch Pensionäre– begrüßt werden.

Seit dem 01.01.2017 sind weitere gravierende Änderungen in der Pflegeversicherung in Kraft getreten. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und die fünf Pflegegrade ermöglichen mehr Menschen den Zugang zu Pflegeleistungen.

Bereits zu diesem Thema fand am 22.11.2016 eine Senioren-Info-Veranstaltung der Bezirksgruppe Osthessen im Sportlerheim in Hünfeld statt. Die Kreisgruppe Vogelsberg war der Meinung, diese wichtigen Erneuerungen auch ihren Mitgliedern der Beamten und Tarifbeschäftigten zukommen zu lassen.

Da der Referent dieser Veranstaltung kurz zuvor erkrankte und absagen musste, sprang für diesen unser geschätzter Frischpensionär und Vollblutgewerkschafter Ewald Gerk ein.

Doch bevor es mit dem Vortrag losging, wurde unser Jahrzehnte langes Gewerkschaftsmitglied Wieland Ertl von seinem Kreisgruppenvorsitzenden Udo Klar zu seinem 50-jährigen Gewerk-



Gut besuchte Infoveranstaltung.



Foto oben: Wieland Ertl (rechts) wird von KG-Vorsitzenden Udo Klar zum 50jährigen Gewerkschaftsjubiläum geehrt.

Foto links: Ewald Gerk referierte für den erkrankten Gerhard Kaiser.

schaftsjubiläum geehrt. Wieland Ertl trat im Januar 1966 in die Gewerkschaft ein.

Nach einem interessanten fast zweistündigem Vortrag über die Erneuerungen in der Pflegeversicherung endete die Veranstaltung mit der gemeinsa-

men Einnahme einer deftigen und gutschmeckenden Gulaschsuppe.

Udo Klar
KG-Vorsitzender

GdP-JUBILÄUM VON CLAUDIA PREISENDÖRFER

Die Tarifbeschäftigte Claudia Preisendörfer von der Kreisgruppe Vogelsberg beging ihr 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum. Dafür überreichte ihr der Vorsitzende Udo Klar die herzlichsten Glückwünsche und ein Präsent.

Die Tarifbeschäftigte Claudia Preisendörfer hat ihre Ausbildung in Lauterbach beim damaligen Polizeikommissariat im Jahre 1984 begonnen.

Danach war sie kurzzeitig bei der Polizeistation in Alsfeld und seit vielen Jahren ist sie in der Polizeistation Lauterbach im Geschäftszimmer Exekutive.

Alexandra Stehr-Kröll
Lauterbach



OSTHESSEN: E.T. – EINE WOCHEN IM EINSATZ

Seit Ende März ist der sogenannte „Enforcement-Trailer“ auf der Autobahn A 4 zwischen den Anschlussstellen Friedewald und Wildeck-Hönebach im Einsatz. Die erste Bilanz: Schon mehr als 10.000 Autos und Lkw waren an der Messstelle zu schnell unterwegs. Sie hatten die dort angeordneten Tempolimits von 80 km/h für Autos und 60 km/h für Lkw überschritten.

Bei Fertigstellung der Eichhorsttalbrücke hatte sich ein Knick in der Verkehrsführung der Autobahn ergeben. Seit Mai 2016 haben sich an dieser Stelle 50 Verkehrsunfälle ereignet, darunter einige mit schweren Folgen. „Zwar konnten durch die Aufstellung von LED-beleuchteten Schildern zur Geschwindigkeitsbeschränkung die Unfallzahlen verringert werden“, erklärt Jürgen Jakobowski, Chef der Bad Hersfelder Autobahnpolizei, „dennoch ereigneten sich auch in diesem Jahr schon wieder fünf Unfälle an dieser Stelle.“ Bei ihren Einsätzen sind Polizei- und Rettungskräfte wegen der unübersichtlichen Fahrbahnführung stets besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Aus diesem Grund hat sich das Polizeipräsidium Osthessen entschlossen, an dieser Gefahrenstelle den „Enforcement-Trailer“ zur permanenten Geschwindigkeitsüberwachung einzusetzen.



E.T. in Osthessen

Der „Enforcement-Trailer“ ist eine mobile Geschwindigkeitsmessanlage, die auf einem Pkw-Anhänger installiert ist und wie eine stationäre Messeinrichtung betrieben wird. Mit der eigenen Stromversorgung ist ein autonomer Messbetrieb über mehrere Tage möglich. Der Standort des Trailers ist jederzeit veränderbar. Er kann kurzfristig an erkannten Unfallhäufungsstellen eingesetzt werden.

ppoh

PP OH: FORTBILDUNGSTAGE FÜR DEN EINSATZZUG



Alle Teilnehmer/-innen des Trainingstages haben sich für ein Erinnerungsfoto postiert.

Erstmals fanden Ende März eintägige Fortbildungstage für die Mitglieder des Freiwilligenpools beim PP Osthessen statt.

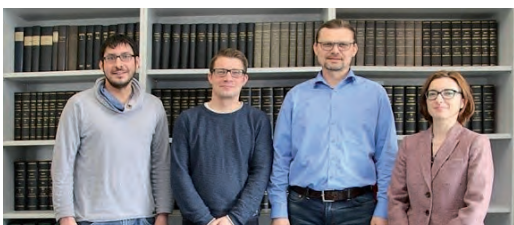
In seinen Begrüßungen dankte der Leiter Abteilungsstab, PD Wiegand, den Anwesenden für ihre Freiwilligenmeldungen für den „Qualifizierten Einsatzzug“ sowie die positive Resonanz

für die ersten Praxistage. Ebenso ließ es sich Polizeipräsident Günther Voß nicht nehmen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Ausbildungsmaßnahme zu besuchen.

Nach theoretischen Grundlagen zur Seitenbegleitung/Codierung und dem neuen Formularwesen wurden diese am Nachmittag in verschiedenen Szenarien praktisch geübt.

ppoh

PP OH: AKTUELLES AUS DER VERWALTUNG



Die Leiterin der Abteilung Verwaltung, Dr. Anne Neidert (Foto rechts), beglückwünschte in der vergangenen Woche drei Mitarbeiter zu ihrer neuen Funktion. Sascha Fey (zweiter v.l.) ist neuer Leiter des Hauptsachgebiets V 3, Personal, Aus- und Fortbildung. Sein Nachfolger als Sachgebietsleiter V33 ist Sebastian Witzmann (Foto links), der zudem weiterhin die Aufgabe als IZE-MA-Systemadministrator wahrnimmt. Das Hauptsachgebiet V 2, Allgemeine Verwaltung, wird künftig von Thomas Gensler (dritter v.l.) geleitet.

FRANK DIENER IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

ER WAR EINE INSTITUTION DER POLIZEIAUTOBAHNSTATION BAD HERSFELD

Nach 42 Jahren und 260 Tagen im Dienst des Landes Hessen geht zum Ende diesen Monats Frank Diener von der Polizeiautobahnstation Bad Hersfeld in den wohlverdienten Ruhestand.

Der Leiter der Autobahnstation, EPHK Jürgen Jakobowski, dankte Frank Diener für die lange Zeit der guten Zusammenarbeit. Stets sei er für die Kolleginnen und Kollegen da gewesen.

Frank Diener ist seit 24 Jahren Vorsitzender seiner GdP-Kreisgruppe PAST Bad Hersfeld und Mitglied im Personalrat des PP Osthessen. Er gehörte schon dem „alten“ Bezirkspersonalrat beim RP Kassel an.

Mit der Neuorganisation engagierte sich Frank Diener in der neuen Bezirksgruppe Osthessen und ist bis heute stellvertretender BZG-Vorsitzender. Frank Diener ist ein Mann der leisen Töne, dessen kompetente Meinung gefragt ist und immer ein guter Ratgeber war.



Jürgen Jakobowski (links) überreicht Frank Diener (rechts) die Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand und dankte für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit.

„Krank warst Du nur zwischen den Schichten“, sagte sein Dienststellenleiter, Jürgen Jakobowski, der auch fast zehn Jahre sein Dienstgruppenleiter war, mit einem Lächeln und wünschte Frank für die Zukunft alles Gute. Neben der Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand überreichte Jürgen Jakobowski einen Blumenstrauß an die Ehefrau des neuen Privatiers.

Insgesamt 36 Jahre hat Frank Diener seinen Dienst bei seiner PAST Bad Hersfeld geleistet. Im Februar 1990 wurde er bei der Unfallaufnahme auf der A 4 bei Wildeck-Obersuhl von einem rücksichtslosen Autofahrer angefahren und schwer verletzt. Diese schlimme Erfahrung als Mitarbeiter der Autobahnpolizei gab er stets mit einem Warnhinweis insbesondere an junge Kolleginnen und Kollegen weiter.

Ruth Steinberg dankte, stellvertretend für den BZG- und Personalratsvorsitzenden Karsten Bech, Frank Diener für die vielen Jahre des ehrenamtlichen Engagements in der GdP und die vielen gemeinsamen Stunden bei Sitzungen,



Foto oben: Ein letztes Foto vor seiner PAST Bad Hersfeld.

Foto rechts: Ruth Steinberg dankte Frank Diener für Jahre des gewerkschaftlichen Engagements und der guten Zusammenarbeit.



Besprechungen, Beratungen und Gespräche, die allesamt dem Wohle der Kolleginnen und Kollegen dienten. Seine GdP wünscht ihm für den wohlverdienten Ruhestand alles Gute.

Der begeisterte Fußballfan des FC Schalke 04 ist in Fußballerkreisen in Osthessen in seiner Freizeit seit Jahren als Schiedsrichter unterwegs gewesen. „Leider kann ich in meinem Alter nur noch bis zur Kreisoberliga pfeifen“, bedauerte er mit einem verschmitzten Zwickern. Dieses Hobby möchte Diener noch ein paar Jahre ausüben. Genauso möchte er in der Zukunft auch verschiedene Fahrradtouren durch Deutschland unternehmen.

Zum Schluss der kleinen Feierstunde dankte Frank Diener seiner Ehefrau Sabine für die Unterstützung und den Rückhalt in den ganzen Jahren und den anwesenden Kolleginnen und Kollegen für die super Zusammenarbeit in seiner Dienstgruppe in all den Jahren.

ppoh/gdp.

Mit einer starken GdP auf Erfolgskurs

EWALD BAUFELD IST 40 JAHRE BEI DER POLIZEI

Laut Aussage seines direkten Vorgesetzten Heiko Schlereth hatte sich Ewald Baufeld gewünscht, dass ihm J. Lo die Urkunde zu seinem 40-jährigen Dienstjubiläum überreicht. Da dieser Termin leider nicht zustande kam, gratulierte ihm stellvertretend Polizeipräsident Günther Voß für seine Dienste im Lande Hessen.



Polizeipräsident Günther Voß (links) überreicht Ewald Baufeld (rechts) die Urkunde zum 40. Dienstjubiläum.

Nach einer Ausbildung zum Großhandelskaufmann bei der Firma Hohmann und Heil in Fulda begann Ewald 1978 seine Karriere bei der Polizei. Bis 1987 arbeitete er als Fernschreibangestellter bei der PD Fulda und wechselte dann bis 2000 in die damalige Datenstation bei der Polizeidirektion Fulda.

Als RBS'ler wurde er präsidentensweit bekannt und ist vielen noch bis heute in dieser Position präsent, obgleich er seit 2010 im Bereich Z31 (Beschaffung/Einsatzversorgung/Anlagenbuchhaltung) tätig ist.

Hier ist er unter anderem für die eingereichten Beschaffungs-

anträge zuständig. Preisvergleiche und das Einholen von Angeboten gehören zu seinen Hauptaufgaben, die er motiviert und engagiert ausführt.

Als besondere Fähigkeit hebt AM Schlereth Ewald's Telefonate mit ihm völlig fremden Frauen hervor, die gerne eine gefühlte Ewigkeit andauern. „Hast du die gekannt? – Nö!“ Und wenn doch irgendwann einmal seine ausgeprägte Geduld gemäß dem Motto: „Was lange gärt wird endlich Wut“ endet, dann übernimmt Amtmann Schlereth gerne.

Privat ist der glücklich Verheiratete ein Bücherwurm, Ex-Fußballer und im Karnevalsverein tätig. Viel Zeit verbringt er zusammen mit seinem Sohn bei dessen Haussanierung und als engagierter Opa.

Die osthessische GdP gratuliert Ewald Baufeld zum Dienstjubiläum recht herzlich und wünscht ihm für die weitere private als auch berufliche Zukunft alles Gute.

ppoh

JOACHIM FRITSCH 40 JAHRE BEI DER POLIZEI

Sein 40-jähriges Dienstjubiläum feierte Anfang April der Polizeihauptkommissar Joachim Fritsch von der Leitstelle des Polizeipräsidiums Osthessen in Fulda.

Leitender Polizeidirektor Ralf Flohr, Leiter der Abteilung Einsatz, überreichte die Jubiläumsurkunde. In einer munteren Gesprächsrunde, an der auch der Leiter des Führungs- und Lagedienstes, Polizeioberrat Harald Höfer, und PHK'in Conny Jehnert für den Personalrat teilnahmen, wurde manche Anekdote ausgetauscht und die Namen vieler ehemaliger Ausbilder und Wegbegleiter im Polizeidienst wurden wieder präsent. Für seinen weiteren beruflichen und persönlichen Lebensweg nahm PHK Fritsch die besten Wünsche für sich und seine Familie mit auf den Weg.

Joachim Fritsch verbrachte nach seiner Ausbildung die ersten Berufsjahre im PP Frankfurt und arbeitete sich danach über die PD Hanau in Heimatnähe vor. 1987 schnupperte der Künzeller mit seiner Versetzung nach Lauterbach erstmals dienstliche Heimatluft. Vier Jahre später wechselte er mit einem Tauschpartner die Dienststelle zur PSt. Hünfeld.

Von 1999 bis 2001 absolvierte er erfolgreich das Studium zum gehobenen Polizeidienst und wechselte danach – nach kurzem Zwischenstopp auf seiner „alten“ Station in die Leitstelle des neu gegründeten Polizeipräsidiums Osthessen. Dort ist er mit der Funktion eines Sachbearbeiters mit besonderen Aufgaben betraut und engagiert sich erfolgreich im Bereich der ELS-Entwicklung und dem ELS-Anwenderforum.

Gewerkschaftlich ist Joachim Fritsch ebenfalls aktiv. Seit Jahren ist der im Bezirks- und Kreisgruppenvorstand aktiv. Er hat immer sein Ohr an der Basis und bringt deren Anliegen



Ralf Flohr (links) überreichte Joachim Fritsch (zweiter v.l.) die Jubiläumsurkunde. Kreisgruppenvorsitzende Conny Jehnert überbrachte die Glückwünsche der GdP und Harald Höfer (rechts) die Glückwünsche der Abteilung E3.

nachhaltig in die GdP-Arbeit ein.

Die osthessische GdP gratuliert Joachim Fritsch zum Dienstjubiläum recht herzlich und wünscht ihm für die weitere private als auch berufliche Zukunft alles Gute.

www.gdp.de/hessen

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!

„DER STAAT ZEIGT DEN MITTELFINGER“

Anfang Februar gastierte der Kabarettist Sebastian Puffaff im Fuldaer Schloss. Er präsentierte dort sein Bühnenprogramm: „Auf Anfang“.



Vielen Kolleginnen und Kollegen ist Herr Puffaff bestimmt ein Begriff. Gerade in der heutigen Zeit, wo eine erhebliche Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte /-innen, Beleidigungen, hohe Arbeitsbelastungen usw. an der Tagesordnung sind, hat er in seinem Programm einen Dank an die Polizei gerichtet. Ein Ausschnitt ist bei Youtube zu sehen unter dem Begriff: Sebastian Puffaff und die Polizei – und plötzlich

wird es still.

Herr Puffaff geht hierbei auf die politische Diskussion ein, in Bezug auf die Thematik Polizeistaat und Kontrolle. Es folgen Aussagen, welche die aktuelle Lage sehr gut widerspiegeln. „Warum zeigen wir denjenigen die für unsere Sicherheit da sind den Mittelfinger? Die Polizei muss heute das ausbaden, was die Politik versäumt hat. 3 Jahre müssen wir auf die Neueinstellungen warten. 3 Jahre um das nur im Ansatz auszugleichen, was die Politik versäumt hat. Und was bekommen wir? Das für was wir eh schon bezahlen. Nämlich die Sicherheit.“

Natürlich kann man Polizisten nicht aus dem Hut zaubern, aber jeder kann etwas dazu beitragen. Gehen sie demnächst auf die Straße und bedanken sie sich einfach mal bei einem Polizisten. Danke für den Job den sie machen. Sie machen es ja auch bei einem Kellner, welcher ihnen schlechtes Essen serviert.“

Wir als Kreisgruppe Fulda haben dies von unserer Seite getan. Danke Herr Puffaff. Der stv. Vorsitzende der Kreisgruppe Stephan Müller überreichte Herrn Puffaff im Anschluss an die Veranstaltung zwei GdP-Bären für seine beiden Kinder und sprach ihm den Dank der Kollegen für seine Aussagen aus. Es folgte ein sehr interessantes Gespräch über die Arbeit der Polizei. Herr Puffaff



...im Gespräch: Stephan Müller (rechts) mit Sebastian Puffaff.

zeigte sich sehr erfreut über die Rückmeldung und versprach, sich weiter für die Polizei und Rettungsdienste einzusetzen. Wer hätte das gedacht, dass Polizei und Kabarett einmal so eng zusammen stehen.

Vielen Dank Herr Puffaff und bleiben Sie so wie Sie sind – unbequem .

Stephan Müller
KG Fulda



IMPRESSUM



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PASst Langensfeld, PASst Bad Hersfeld, PASst Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langensfeld

GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

TERMIN

FAMILIEN-GRILL-NACHMITTAG

Ausstellung Kriminalarchäologie im Polizeipräsidium Frankfurt

Raubgrabungen und illegaler Antikenhandel sind ein weltweites Problem. Auch in Hessen!



Die zuletzt im Römerkastell Saalburg erfolgreich gezeigte Ausstellung Kriminalarchäologie kann nunmehr bis zum 30. Juli 2017 im Polizeipräsidium in Frankfurt/Main besucht werden.

Die Ausstellung wurde vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz (RGZM) in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landeskriminalamt, der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (archäologische Denkmalpflege), der Botschaft der Republik Irak und der Ukraine sowie der Fachhochschule Mainz konzipiert.

Auf mehreren Säulen wird über die Zerstörung des archäologischen Erbes durch die illegale Schatzsuche (sogenannte Raubgrabungen) und den illegalen Antikenhandel im In- und Ausland informiert.

Am Tag der offenen Tür des Polizeipräsidiums am 24. Juni 2017 haben Sie die Möglichkeit, eine kostenlose Führung durch die Ausstellung zu erhalten. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Spannende Kriminalfälle, die sich wie Kurzkrimis lesen, geben dem Besucher der Ausstellung einen Einblick in die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Zoll und Archäologen. Dadurch gelingt es ihnen immer wieder, Raubgräbern und Antikenhellern das Handwerk zu legen.

RADTOUR – GRILLFEST – TOMBOLA

Einladung zum Familiennachmittag und einer Familien-Rad-Tour nach 36110 Schlitz mit Familiengrillfest und Überraschungen mit Tombola

(1. Preis ein Hubschrauberrundflug)

Wann: Am Freitag, 01. September 2017 ab 17.00 Uhr

Wo: am Grillplatz Schlitz-Hutzdorf (ein Kinderspiel- und Bolzplatz ist vorhanden)

Empfang mit Kaffee und Kuchen und Grillgerichten! Für das weitere leibliche Wohl ist gesorgt!

Wer möchte kann gerne mit uns per Rad kommen!

Gemeinsame Radtour nach Schlitz:

Abfahrt: 15.30 Uhr, PSt Lauterbach (Ansprechpartner Alex Stehr-Kröll)

Abfahrt: 15.30 Uhr, PD Hersfeld-Rotenburg (Ansprechpartner Ruth Steinberg)

Abfahrt: 15.30 Uhr, PP Osthessen, Fulda (Ansprechpartner Christina Bleuel)

Anmeldungen bis 24. Juli 2017 bei:

**Alexandra Stehr-Kröll, Lauterbach Tel. 06641/971202,
Mail: Alexandra.Stehr-Kroell@polizei.hessen.de**

**Christina Bleuel, Fulda 0661/1051048;
Mail: ChristinaSonja.Bleuel@polizei.hessen.de**

Wir freuen und auf Euch!

GdP Osthessen

Rückmeldung

Wir/ich melde/n mich zum Familiennachmittag am 01.09.2017 an:

Wir/ich nehmen teil mit :

Erwachsenen

Kindern (Alter: _____)

Wir/ich fahre/n mit dem Fahrrad ab: _____

Name: _____

Dienststelle: _____

POM FRITZ...

Hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr kennt mich schon. Ich heiße mit Nachnamen Fritz und bin Polizeiobermeister, also POM Fritz. Ich werde auch niemals befördert, weil das ja keinen Sinn ergäbe. Ich schreibe ab und zu mal in den GdP Publikationen, wenn mir mal wieder was unter den Nägeln brennt.

Im letzten Nachtdienst haben wir über die Schuldenbremse in der Dienstgruppe diskutiert. Da hat unser Robert, der im Übrigen seine Lebensarbeitszeit schon wieder um ein Jahr verlängert hat, aus polizeilicher Vergangenheit berichtet. Ich war damals noch Polizeimeister im benachbarten Baden – Württemberg und habe natürlich sofort wissen wollen, was sich denn hier in Hessen abgespielt hat.

Mit dem Verkauf landeseigener Immobilien sollte der hessische Haushalt auf „Vordermann“ gebracht werden. Prachtbauten, wie beispielsweise Polizeipräsidien, wurden sprichwörtlich „verklappt“, man nannte das aber betriebswirtschaftlich „sell and lease back“! Mit der Folge, sagt Robert, dass unsere Kinder und Enkel dann auf ewig teure Mieten dafür an Investoren zahlen müssen!

Ach ja, das Ding mit der Eigenbudgetierung ist noch erwähnenswert, berichtet Robert weiter.

Diese fiel in manchen Polizeibehörden so knapp aus, dass Liegenschaften nicht mehr umfassend und zeitnah in Stand gehalten werden konnten. Wer Glück hatte und dort, wo der Hessentag stattfand, der konnte sich darauf verlassen, dass auch die mittlerweile ungepflegten Polizeiliegenschaften aufgemotzt wurden, erinnert sich Robert.

Das Hessische Immobilienmanagement (HI) trat in Folge an, die bis dahin selbst verwalteten Gebäude entgeltlich zu „verwalten“ und auch den Reinigungsdienst zu übernehmen. Heute wissen wir, dass das HI in Zeugnisnoten eher eine fünf Plus als eine vier minus im jährlichen Notendurchschnitt für seine Leistungen im Bereich der Polizei verdient hat. Auch die Fusion und Umbenennung in das LBiH bringt nichts.

Ach so, entgegne ich. Daher erklärt

sich also auch die teilweise schlechte Stimmung, die ich im Jahr meiner Versetzung nach Hessen in der damaligen Dienstgruppe erlebt habe.

Perspektivlosigkeiten, Beförderungstaus und unsägliche Arbeitszeiten (42 Stunden Woche) trugen wohl auch dazu bei, beginne ich zu verstehen.

Wie sieht es heute aus? Ich ahne schon, was kommt! Der öffentliche Dienst, mit seinen gut alimentierten „Faulenzern“, ist mit dafür verantwortlich, dass die Ziele der einzuhaltenden Schuldenbremse in Gefahr geraten. Sprudelnde Steuereinnahmen und nie dagewesene Gewerbesteuern können das nicht ausgleichen, was Pensionen und Beschäftigungsentgelte „auffressen“.

Die Sparfüchse der Regierungskoalition haben in ihrem Koalitionsvertrag einiges festgehalten.

Nunmehr naht für die Jahre 2018 und 2019 ein Doppelhaushalt! Sollten darin vielleicht weitere Wohltaten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst enthalten sein? Robert kennt darauf derzeit keine Antwort. Mir graust vor dem Gedanken, dass alles „beim Alten bleibt“.



Fährt man auf das Gelände der 1. Abteilung (Mudra), sieht man das! Es blutet einem das Herz!

Liegenschaften können wir derzeit immer weniger verkaufen, stelle ich lakonisch fest, die lukrativen sind schon alle „verscherbelt“.

Aber wer meint, dass man nicht noch weiter kreativ Sparen kann, der irrt sich, entgegnet mir Robert barsch!

Wie er gehört hat, heißt das neue Zauberwort „Entmietung.“ Das geht so: man stellt fest, dass bei gleichzeitigem auslaufendem Mietvertrag die „horrenden

Mietkosten“ gedeckelt werden müssen.

Also teilt man die Liegenschaft in zwei Teile: einem zu entmietenden und einem weiterhin anzumietenden Teil. Damit lässt sich eine Menge Geld sparen, den Finanzminister freut 's!

Die Beschäftigten rücken einfach enger zusammen, das fördert auch die Gemeinschaft. Mit weitreichenden Folgen, stelle ich unlängst bei einem Besuch in der „Mudra“ in Wiesbaden fest! Quer durch die Abteilung wird ein Zaun gezogen, der eine „Grenze“ zwischen dem „entmieteten Teil der Mudra“ und dem noch gemieteten zieht! Mit der Folge, berichte ich dem Robert, dass die Übungen der Einheiten, die Spezialgrundausbildungen und Formalausbildung nicht mehr vollumfänglich stattfinden können. Und mit Blick auf die Einstellungsoffensive bei der Polizei und dem benötigtem Platz für die Basisausbildung wird den Verantwortlichen vor Ort die Planung und Durchführung nicht leichter gemacht!

Die vorhandenen in die Jahre gekommenen Gebäude werden seit Monaten renoviert, ein Ende ist nicht in Sicht. Parkraum für Beschäftigte ist nicht mehr umfassend vorhanden, wer zuerst kommt, parkt zuerst! Wird echt Zeit, stellt Robert fest, dass die Freifahrtregelung für den öffentlichen Dienst kommt!

Mir, dem noch immer einfachen Schutzmann, treibt es die Tränen in die Augen: waren nicht die Verkäufe und Rückmietungen verantwortlich dafür, dass die Kosten für „Mieten“ durch die Decke gingen?

Jedenfalls, das sagt auch der Robert, ist das Ende der Fahnenstange wahrscheinlich noch immer nicht erreicht. Da wird mir Angst und Bange.....

Euer POM Fritz



BEFÖRDERUNGEN, HÖHERGRUPPIERUNGEN...

Gut gefüllt war am Freitag (21.04.) der Versammlungsraum E2 beim Polizeipräsidium in Fulda. Freudiger Anlass für das Zusammentreffen von Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der osthessischen Polizei war die Feier der Beförderungen und Höhergruppierungen sowie die Übertragung von Führungsfunktionen.

Nach einem Musikstück zum Auftakt, gespielt von der Bläsercombo des Hessischen Landespolizeiorchesters, eröffnete Polizeipräsident Günther Voß die Feierstunde. Dabei ging er zunächst in einer nachdenklich machenden Ansprache auf die scheinbar immer akuter werdende Gefahrenlage durch internationale und überwiegend religiös motivierte Terroristen ein. Auch alltägliche Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Beamte sowie ständige Respektlosigkeiten gegenüber Hoheitsträgern stellen, so PP Voß, die Frage, „in welcher Welt leben wir eigentlich?“. Dem entgegen stehe zum Glück ein großes Maß an Anerkennung von vielen Seiten.

Besonders freute sich Polizeipräsident Voß über die steigende Wertschätzung, die die Polizei in den Medien und der Bevölkerung erfährt: „Das finde ich gut. Das ist genau das, was den Beruf attraktiv macht. Polizistin und Polizist zu



sein ist ein ehrenwerter Beruf!“

Dem schloss sich auch Karsten Bech als Vorsitzender des Personalrates an: „Wertschätzung ist das, was Ihr heute erfahrt. Genau das ist es, was ihr alle und Eure Kolleginnen und Kollegen verdienen.“ Für die neuen Aufgaben und Funktionen wünschte er den Anwesenden viel Glück und Erfolg.

In ihrem anschließenden Musikstück griffen die Musiker unter der Leitung von Alfred Herr mit einem Medley aus den Queen-Hits „Another one bites the dust“, „We are the champions“ und „Crazy little thing called love“ den Spannungsbogen der Ausführungen Günther Voß' auf.

Im Hauptteil der Feierstunde gratulierte der Polizeipräsident mit seinem Führungsteam und dem Personalratsvorsitzenden den Kolleginnen und Kollegen zu ihren Beförderungen, Höhergruppierungen und Funktionsübertragungen. Dabei fand Voß auch stets persönliche Worte und die ein oder Gemeinsamkeit in den dienstlichen oder privaten Werdegängen.

Ein letztes Musikstück rundete den offiziellen Teil ab. Im Anschluss hatten alle Anwesenden die Gelegenheit, sich mit kühlen Getränken zu erfrischen, einen Happen „Fingerfood“ zu essen und sich miteinander über das neue Amt oder die neue Funktion auszutauschen.

PROJEKT „NEUAUSRICHTUNG EFS“

Mit dem Innenministerium wurde vor einigen Jahren ein Programm zur Neuausrichtung der Operativen Systeme und den damit verbunden der Anwendungen vereinbart und etabliert. Das auch aus vergaberechtlichen Gesichtspunkten vorgegebene Programm wurde in die nachfolgenden drei Programmphasen bzw. Projekte gegliedert:

Nachdem durch das Projekt Übergangsverträge mit den bisherigen Anbietern geschlossen werden konnten, wurde ein neues System europaweit ausgeschrieben. Die diesbezüglichen Angebote wurden im Herbst vergangenen Jahres ausgewertet und nach mehreren Verhandlungsrunden konnte nun der Zuschlag an die Firma Eurofunk erteilt werden.



Christian Tost wurde zur Dienstverrichtung ins PTLV abgeordnet.

Durch die Zuschlagserteilung startete das Projekt in Phase 3, die Etablierung eines neuen Einsatzführungssystems (EFS).

Da das PP Osthessen bereits in den ersten beiden Projektphasen unterstützend tätig war, wurde nun ebenfalls für die 3. Phase durch das Projekt um Mitarbeit durch die Flächenpräsidien ersucht.

POK Christian Tost ist seit fast zwei Jahren im Projekt nebenamtlich tätig ist, wurde er von der Leitstelle in das PTLV zur Dienstverrichtung abgestellt. Er hat dort die Leitung eines Teilprojekts übernommen und wird in den kommenden Monaten mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus allen Flächenpräsidien das neue Einsatzführungssystem konzeptionieren.

SEMINAR „VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND“

DREI TAGE IN DER RHÖN SOLLTE MAN SICH NICHT ENTGEHEN LASSEN



Teilnahmeberechtigt:

GdP-Mitglieder (auch mit Partner), die noch kein Seminar der GdP „Vorbereitung auf den Ruhestand“ besucht haben. Wer bei der Anmeldung sich nicht mehr als zwei Jahre vor dem Ruhestand (Altersteilzeit, Rente und Pension) befindet oder in 2017 in den Ruhestand gegangen ist, kann berücksichtigt werden.

Dienstbefreiung kann nach § 69 Abs. 3 HBG (Beamtelnnen) oder § 1 Abs. 3 HBG i.V.m. § 29 TV-H (Tarifbeschäftigte) beantragt werden.

Seminartermin:

Dienstag, 7. November 2017 bis Donnerstag, 9. November 2017

Seminarort:

Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön, Telefon: 06682-213, Webseite: www.krone-tann.de

Vorgesehene Themen:

Das Berufsleben ist zu Ende, was verändert sich? – Beihilfe – Rente –

Deutsche Geschichte vor Ort – aktuelle Informationen – welche Absicherungen machen Sinn?

Für alle Teilnehmerrinnen und Teilnehmer kostenlos:

- Zwei Übernachtungen im Gasthaus Krone oder Rathauskaffee und
- drei Tage Vollpension im Gasthaus „Zur Krone“. Tagungsgetränke und Vorträge der Referenten.
- Busfahrt zum Point Alpha, Eintritt und Führung.

Anmeldungen:

Ab Mitte Juni ist im Internet auf der Homepage der GdP Hessen www.gdpde/hessen unter Seminare und auf der Homepage der Senioren der GdP Hessen unter Seminare ein Formular eingestellt.

Anmeldungen sind nur schriftlich möglich und sollten grundsätzlich per e-mail erfolgen. Ist ausnahmsweise kein Zugang zum Internet möglich, kann bei Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611-9922730, das Formular angefordert werden. **Vormerkungen sind nicht möglich.**

Es ist eine Anmeldegebühr von 40 Euro pro Teilnehmer zu entrichten, die auch im Verhinderungsfall nicht zurück erstattet wird. Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn die Überweisung auf das



Die Teilnehmer fahren am ersten Tag zum Grenzmuseum ‚Point Alpha‘.

Konto der GdP:

Bank: Wiesbadener Volksbank
IBAN: DE7051090000006784003
BiC: WIBADE5W

Kennwort: Seminar Vorbereitung auf der Ruhestand 2016,

erfolgt ist. **Anmeldeschluss ist am 1. September 2017.**

Rückfragen an:

- Harald Dobrindt, Mail.: hd.dobrindt@t-online.de oder
- Ruth Brunner, Mail: ruth.brunner@gdp.de oder
- bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen

Hinweis für Senioren: Ein Seniorenseminar wird wieder im Herbst 2017 für das Frühjahr 2018 ausgeschrieben.

Harald Dobrindt
Landesseniorenvorsitzender

THOMAS LINK VERUNGLÜCKTE TÖDLICH



Durch einen tragischen Unfall verstarb am 1. April unser Kollege Thomas Link im Alter von nur 53 Jahren. Der erfahrene Pilot stürzte in den österreichischen Alpen mit seinem Hängegleiter ab.

Thomas Link begann im August 1980 beim Bundesgrenzschutz und wechselte nach 12 Jahren zur Hessischen Bereitschaftspolizei. Als Streifenbeamter versah er anschließend seinen Dienst bei den Polizeistationen in Eschwege und Hünfeld. Seit März 1995 war der begeisterte Motorradfahrer bei der Polizeistation Hilders tätig.

Seine Kolleginnen und Kollegen sind geschockt und traurig. Der enagierte, motivierte und stets freundliche Rhöner Oberkommissar wird in den Reihen der osthessischen Polizei sehr fehlen.

Unser aller Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

FACHTAGUNG „EXTREMISMUS UND POPULISMUS“

RECHTSPOPULISMUS ALS HERAUSFORDERUNG

Als „urgewerkschaftliche und historische gewachsene Aufgabe“ hat der Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), Kevin Komolka, die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen, Entwicklungen und Herausforderungen des Extremismus und des Populismus bezeichnet.

Nicht nur in den USA, Türkei oder Frankreich sind sie aktiv die Populisten sondern auch hier bei uns in Deutschland.

Googelt man Populismus kommt man auf eine Erklärung die da lautet: „... eine Politik, die mit scheinbar einfachen Lösungen die Gunst der Bevölkerung zu gewinnen versucht“.

Zu ihrer Fachtagung an der 54 junge Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, hat die JUNGE GRUPPE (Bund) hochkarätige Referenten geladen. Wolfgang L. Würz, Leitender Kriminaldirektor a.D. des Bundeskriminalamtes (BKA), gab einen Überblick über die aktuelle Entwicklung des gewaltbereiten Extremismus und stellte Chancen und Risiken einer neuen Sicherheitsarchitektur dar.



Wolfgang L. Würz, Ltd.KD a.D. des Bundeskriminalamtes (BKA), gab einen Überblick über die aktuelle Entwicklung des gewaltbereiten Extremismus.

Dr. Marwan Abou-Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz nahm eine differenzierte Betrachtung des Islam und des Islamismus vor und erläuterte Unterschiede zwischen Glaube und Ideologie. Mit Erscheinungsformen Auswirkungen und Bekämpfungsstrategien des islamistischen Extremismus und des Terrorismus befasste sich Uwe Lietzau

vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, während Thomas Mücke vom Violence Prevention Network e.V. Präventionsstrategien und Deradikalisierungsansätze im Vergleich darstellte.



Dr. Marwan Abou-Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Am zweiten Tag der Veranstaltung referierte Prof. Hans-Gerd Jaschke von der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin über Entwicklung und Wirkweisen des Populismus in Deutschland und Europa, während Mark Haarfeldt von der Initiative „Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ die Massenmedien im Zusammenhang mit Rechtspopulismus unter die Lupe nahm. Daniela Kallinich von der Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen zog zu Veranstaltungsende Schlussfolgerungen für gesellschaftliches und gewerkschaftliches Handeln.

Die JUNGE GRUPPE (Bund) als Jugendorganisation der europaweit größten Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte hat mit dieser Fachtagung nicht nur ihren so wichtigen Bildungsauftrag wahrgenommen, vielmehr hat sie auch das getan was in dieser Zeit so wichtig ist wie vielleicht schon lange nicht mehr, sie hat sich für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung in Staat und Gesellschaft eingesetzt. Für einen sozialen Rechtsstaat der auf ein Miteinander und auf Solidarität setzt. Dies ist nicht nur ein Ziel und Grundsatz gewerkschaftlichen Handelns sondern hat auch unmittelbare Auswirkungen auf alle Beschäftigte im Polizeidienst. Denn eins sollte uns allen klar sein, Populismus spaltet die Gesellschaft. Dies

sollte uns als Gewerkschaftler, Polizisten und Bürger zur Wachsamkeit mahnen.

Ein Blick in die Geschichtsbücher sollte uns auch immer daran erinnern, dass Rechtspopulisten für die Zerschlagung der Gewerkschaften in der deutschen Geschichte verantwortlich waren.

Im Fazit sollten Gewerkschaften auch weit über den Polizeibereich hinaus, Aufklärungsarbeit leisten, extremistische, rassistische und fremdenfeindliche Themen innergewerkschaftlich thematisieren, nach innen und außen Tabus verdeutlichen. Teilhabe ermöglichen und Bilden. Und Gewerkschaften als klare Alternative und Fürsprecher derer, die sich „von denen da oben“ vernachlässigt fühlen anbieten.

Christoph Möhring
JUNGE GRUPPE



Gewerkschaft der Polizei

1. MAI

360.000 Menschen bei DGB-Veranstaltungen.



Zum 1. Mai haben sich bundesweit 360.000 Menschen an den knapp 500 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt.

In Osthessen beteiligten sich mehrere hundert Teilnehmer an der DGB-Demo, die durch die Fuldaer Innenstadt verlief.

SENIORENSEMINAR 2017 IN TANN

Nach dem großen Zuspruch im Jahr 2016 führte der GdP-Landesseniorenvorstand Hessen auch in diesem Jahr wieder ein durch. Auf die Ausschreibung des Seminars vom 21. bis 22. März 2017 meldeten sich so viele Kolleginnen und Kollegen, dass leider nicht alle Bewerber berücksichtigt werden konnten.

Der Vorstand der Landesseniorengruppe hat sich in der Vorstandssitzung damit befasst und beschlossen, dass für alle Seniorinnen und Senioren eine Tagesveranstaltung als Ausgleich durchgeführt werden soll. Der genaue Termin wird rechtzeitig in den GdP-Publikationen bekannt gegeben.

Die angereisten Seminarteilnehmer wurden im Seminarraum des Gasthauses „Zur Krone“, in Tann/Rhön mit Brötchen und Kaffee empfangen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Landesseniorengruppe, Harald Dobrindt, sowie einigen Hinweisen zu dem Seminar, begann auch schon das Programm.

Vom Pflegestützpunkt des Landkreises Fulda war Herr Martin Kerstin gekommen. Er berichtete welche Beratungshilfen die Pflegestützpunkte im Pflegefall leisten können und wie die Angehörigen hier Hilfe bekommen.



Harald Dobrindt (links) bedankt sich bei Herrn Kerstin vom Pflegestützpunkt Fulda für den gelungenen Vortrag und überreicht ein kleines Präsent als Dankeschön.

Nach einem Fototermin und dem Mittagessen ging es dann weiter mit nützlichen Tipps zur Beihilfe. Da unser bewährter Referent, Gerhard Kaiser, krankheitsbedingt nicht zur Verfügung stand, sprang der Kollege Ewald Gerk hier ein. Ewald ist auch im Vorstand der



Erinnerungsfoto.

Landesseniorengruppe und hier für Beihilfefragen zuständig. Damit endete der erste Tag.

Nach dem Abendessen gab es noch eine Filmvorführung. Bei einem Glas Bier oder anderem Getränk wurden dann noch Erinnerungen ausgetauscht.



Ewald Gerk bei seinem Vortrag zu Beihilfe und Pflege.

Am zweiten Tag ging es nach einem ausgezeichneten Frühstück weiter mit der Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung sowie die Erstellung eines Notfallordners für den Ernstfall. Stefan Rüppe, Mitglied im Landesvorstand der GdP, thematisierte diesen Seminarbereich sehr gut und riet den Seminarteilnehmern diese Problematik nicht auf die lange Bank zu schieben. Kollege Heinz Homeyer,

Mitglied im Seniorenvorstand, gab unterstützende Informationen zu diesem Thema. Die Seminarteilnehmer hatten eine Vielzahl von Fragen zu dem Thema, daran wurde deutlich wie wichtig diese Angelegenheiten sind.



Stefan Rüppe stellt das 'Aktivprogramm Senioren (APS)' vor und informiert gleichzeitig über Aktuelles aus dem Landesvorstand.

Nach dem aktuellen gewerkschaftlichen Bericht und der Abschlussbesprechung endete der zweite Seminartag und die Kolleginnen und Kollegen traten die Heimreise an.

Von den Seminarteilnehmern wurde dem Landesseniorenvorstand für dieses gelungene Seminar ein großes Lob ausgesprochen.

Text u. Bilder H.Ho.